

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

03
2023

SEPTEMBER 2023
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

MINISTERPRÄSIDENT BORIS RHEIN
IM EXKLUSIV-INTERVIEW

„Wir brauchen
eine 360-Grad-
Technologie-
offenheit“

INSA-Umfrage für die MIT
zum Gründergeist in Deutschland



SKODA

Immer ein passender Antrieb für **Ihr Business.**

Die Škoda Aktionsangebote für den Octavia Combi und den Enyaq iV.

z.B. Škoda Octavia Combi Edition Business-Leasing mtl. ab 330,- €*



Egal, ob Sie sich für einen effizienten Verbrenner oder für einen 100% elektrischen Antrieb entscheiden, mit dem Škoda Octavia Combi und dem Škoda Enyaq iV treffen Sie immer eine smarte Businessentscheidung.

Entdecken Sie unsere Businessmodelle und attraktive Angebote jetzt auf skoda.de/businessaktion

Škoda Octavia Combi Edition 1,5 I TSI 110 kW (150 PS): Kraftstoffverbrauch (kombiniert): 6,2–5,1 l/100 km; (Kurzstrecke) 8,1–7,6 l/100 km; (Stadttrand) 6,1–5,3 l/100 km; (Landstraße) 5,3–4,4 l/100 km; (Autobahn) 6,4–4,8 l/100 km; CO₂-Emissionen (kombiniert): 141–116 g/km; CO₂-Effizienzklasse: C–B (WLTP-Werte).

* Ein Leasingangebot der Škoda Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Am Beispiel eines Škoda Octavia Combi Edition 1,5 I TSI 110 kW (150 PS), 6-Gang-Schaltgetriebe inkl. Metalliclackierung, unverbindliche Preisempfehlung 32.747,90 € (zzgl. MwSt.). Laufzeit 48 Monate und jährliche Laufleistung 15.000 km, 0,- € Sonderzahlung, zzgl. MwSt., zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. Dieses Angebot gilt nur für gewerbliche Kunden (außer Sonderabnehmer) und bei Bestellung beim teilnehmenden Škoda Partner bis zum 30.09.2023. Bonität vorausgesetzt.

Abbildung enthält aufpreispflichtige Sonderausstattung.

Gründungsgeschichten müssen in Garagen beginnen können

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

würden Sie Pippi Langstrumpf oder Hans-guck-in-die-Luft die Regierung eines Landes anvertrauen? Wohl nein. Denn die eine macht sich die Welt, wie sie ihr gefällt. Und der andere schaut lieber in den Himmel als auf den Weg vor sich. Nett allein hilft da nicht.

Der Großteil der Bundesregierung erinnert mich an die beiden Figuren. Denn sie neigen zu Schönfärberei und Realitätsverweigerung. Wie Bundeskanzler Olaf Scholz, der Wirtschaftswunder für Deutschland sieht. Robert Habeck ist stolz auf das, was er tut. Aber wie ist die Lage? Der Internationale Währungsfonds prognostiziert für Deutschland die schlechteste Wirtschaftsentwicklung unter allen G-7-Staaten. Deutschland ist nicht nur auf dem Weg zum „kranken Mann Europas“, sondern der Welt.

Die Auswirkungen auf die Betriebe sind offensichtlich. Aber wie wirkt sich das auf den Gründergeist in Deutschland aus? Das wollten wir von der MIT genau wissen und haben von INSA Consulere eine repräsentative Umfrage erstellen lassen. Und siehe da: 46 Prozent der Teilnehmer wünschten sich, dass sich eines ihrer Kinder selbstständig macht. 30 Prozent der Befragten lehnen das ab, die Übrigen haben dazu keine Meinung.

Die gute Nachricht ist also: Der Gründergeist in Deutschland ist ungebrochen. Die Mehrheit kann sich vorstellen, ein Unternehmen zu gründen. Die schlechte Nachricht: Die meisten wagen den Schritt in die Selbstständigkeit am Ende nicht. Die Gründungen in Deutschland brechen ein. Die Zahlen lügen nicht: Im Jahr 2022 wurden laut KfW-Gründungsmonitor nur noch 550 000 Existenzgründungen gezählt. Zum Vergleich: 20 Jahre zuvor, im Jahr 2002, gab es laut KfW noch 1,461 Millionen Existenzgründungen.

Eines steht fest: Die Probleme sind hausgemacht. Die Hürden für Gründer in Deutschland sind zu hoch. Von der Idee bis zur Umsetzung legt der Staat den Visionären zu viel Steine in den Weg. Die Start-up-Strategie



der Bundesregierung hat die relevanten Probleme nicht beseitigt. Die Bürokratie sprengt jedes Maß. Die Steuer- und Abgabenlast ist auf Rekordhoch. Arbeitskräfte machen einen Bogen um das Land. Investitionen werden ins Ausland abgezogen. Es fehlt an Kapital. Die Ampel streitet, statt vernünftige Rahmenbedingungen für Gründer aufzugleisen. Dies führt nicht nur zu Frust bei den Betroffenen. Der Gründerstandort Deutschland wird abgehängt. Dies wird zur Bedrohung für das Land. Denn die Gründer von heute sind der Mittelstand von morgen.

Die Bundesregierung muss endlich gegensteuern: Deutschland muss wieder Gründerrepublik werden. Die Lösungen dafür liegen auf dem Tisch. Wir brauchen eine Gründerschutzzone mit einer Befreiung von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden Jahren. Wer gründet, muss sich auf seinen Betrieb konzentrieren können, anstelle an den Schreibtisch gefesselt zu sein. Weg mit den Auflagen im Steuer- und Arbeitsrecht, bei Melde- und Statistikpflichten und weg mit Bußgeldandrohungen selbst bei fahrlässigen Fehlern.

Gründungsgeschichten müssen in Garagen beginnen können. Und junge Selbstständige brauchen Zugang zu Kapital. Gründen tut man an dem Standort, an dem man auch wachsen kann. Am wichtigsten ist aber ein Bekenntnis der Ampel zur Selbstständigkeit. Jeder Gründer ist ein Arbeitgeber, Investor, Entdecker. Seine Leistung muss sich auch steuerlich lohnen. Das wäre ein echter Entfesselungsschlag.

Gitta Connemann MdB
MIT-Bundesvorsitzende

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch die Bundesvorsitzende Gitta Connemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Fabian Wendenburg

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Fabian Wendenburg

Chef vom Dienst:
Dr. Juliane Berndt

Redaktion:
Dr. Christoph Sprich
Bastian Pophal
Louis Müller-Rettstatt

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubg365.de
www.ubg365.de
Geschäftsführer: Jonathan Schreyer,
Heinrich Rentmeister
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Sinah Osner/Hessische Staatskanzlei

Druckauflage:
26 000 Exemplare

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0221 7881443
E-Mail: braun@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung. © Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.



Fotos: stock.adobe.com – Margo_Alexa, Alexander Ratfs, Dilok; Staatskanzlei

10

MIT:EDITORIAL
Gründungsgeschichten müssen in Garagen beginnen können 3

von Gitta Connemann MdB

MIT:KOLUMNE
Der große Befreiungsschlag könnte ausbleiben 8

Johannes C. Bockenheimer
von der NZZ kommentiert
die falschen Prioritäten der Ampel

MIT:THEMA
Warum die „Rente mit 63“ abgeschafft werden muss 10

Sie belastet die Beitragszahlen und den Staatshaushalt

Warum Forschungspolitik gegen Deindustrialisierung hilft 14

Die F&E-Ausgaben sind um 3,6 Prozent gesunken. Ein gefährlicher Trend

Gründerschutzzonen: Beinfreiheit für den Mittelstand von morgen 20

Schlechte Rahmenbedingungen fesseln unsere Start-ups. Was jetzt gemacht werden muss



24

**MIT:INTERVIEW****„Eine gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage der Postleitzahl sein“ 24**

Hessen vor der Wahl: Ministerpräsident Boris Rhein im Exklusiv-Interview

MIT:ERKLÄRT**(Warum) ist der Emissionshandel der beste Weg zum Klimaschutz? 30**

Die Emissionen der Anlagen in der EU sind seit Beginn des Emissionshandels im Jahr 2005 um 36 Prozent gesunken.

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

„EU Data Act – nutzt die Datenteilungspflicht unserer Wirtschaft?“ 32

Es diskutieren Catarina dos Santos-Wintz MdB und Dr. Juliane Dörr (Die Familienunternehmer)

MIT:FAKTEN

6, 9

Trend zum Homeoffice rückläufig
Firmen versuchen, ältere Mitarbeiter zu halten
Bürokratie-Belastung im Handwerk gestiegen

MIT: INSIDE
Neumitglieder

34

EU-Check

36

Schuldenbremse muss bleiben 36**Widerstand gegen Lkw-Maut 36****Vorschlag der Mindestlohnkommission 37****Kritik an Bürgerräten hält an 37****Mitgliederstatistik 38**

30



Trend zum Homeoffice rückläufig

61 Prozent der Unternehmen bieten die Möglichkeit zum Homeoffice an, meldet ifo. Im Durchschnitt ermöglichen die Betriebe ihren Mitarbeitern 6,4 Tage Heimarbeit im Monat, vor einem Jahr waren es noch 6,7 Tage.

Vor allem Handelsbetriebe und kleine Unternehmen bieten seltener die Arbeit von zu Hause an: Im Handel sind es 34 Prozent, noch vor einem Jahr waren es 51 Prozent. Im Schnitt werden hier 5,7 Tage im Monat im Heimbüro gearbeitet, nach zuvor sieben Tagen. Bei kleinen Firmen (bis 49 Mitarbeiter) sank der Homeoffice-Anteil sogar auf 32 Prozent, nach zuvor 46 Prozent. Auch hier arbeiten die Angestellten seltener von zu Hause aus: Durchschnittlich sind es 6,6 Tage im Monat (2022: 7,4 Tage).

Geschäftsklimaindex sinkt deutlich

Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich weiter verschlechtert. Der ifo Geschäftsklimaindex ist im Juli auf 87,3 Punkte gefallen, nach 88,6 Punkten im Juni.

Im Verarbeitenden Gewerbe sank der Geschäftsklimaindex, weil die Unternehmen immer weniger neue Aufträge erhalten. Die Kapazitätsauslastung sank um 1,4 Prozentpunkte auf 83,0 Prozent. Auch im Handel ging es mit den

Aussichten bergab. Besonders schlecht ist die Stimmung im Bauhauptgewerbe: Dort ist der Geschäftsklimaindikator auf den niedrigsten Stand seit Februar 2010 gesunken. Auch der Ausblick auf die kommenden Monate war pessimistischer.

**ifo Geschäftsklima Deutschland
und nach Wirtschaftsbereich**
(Salden, saisonbedingt)

	07/22	08/22	09/22	10/22	11/22	12/22	01/23	02/23	03/23	04/23	05/23	06/23	07/23
Deutschland	-6,3	-5,5	-13,7	-13,8	-10,6	-6,5	3,2	-1,0	3,9	4,4	0,0	-6,3	-9,1
Vorarb. Gewerbe	-6,5	-6,4	-12,8	-14,2	-10,9	-5,9	-1,3	1,1	6,7	6,4	-0,5	-9,7	-14,2
Dienstleistungssektor	0,7	1,8	-0,8	-8,7	-5,1	-1,4	0,4	1,5	9,0	7,0	6,8	2,7	0,9
Handel	-21,5	-25,7	-32,1	-31,7	-26,8	-20,0	-15,6	-10,6	-10,1	-10,7	-19,1	-20,2	-23,7
Bauhauptgewerbe	-15,8	-14,5	-21,9	-24,0	-20,8	-21,9	-21,0	-18,9	-17,6	-16,8	-18,7	-20,5	-24,0

Quelle: ifo Konjunkturumfragen – ifo Institut



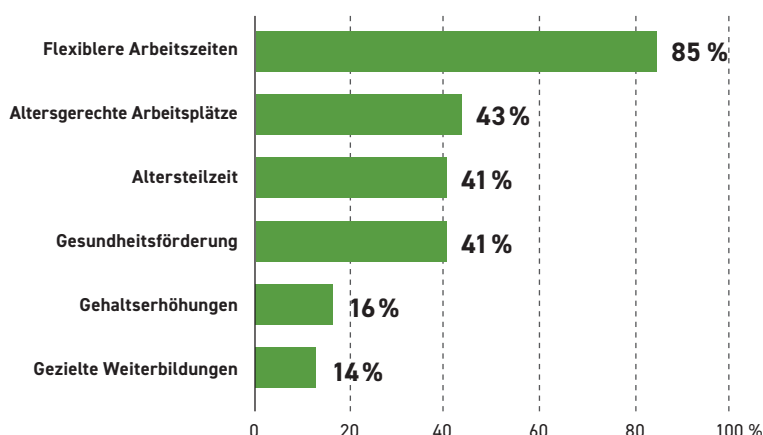
IWF: Deutsche Wirtschaft abgehängt

Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen wird – während das Bruttoinlandsprodukt in den anderen Industriestaaten weiter steigen soll. Deutschland ist das einzige G7-Mitglied, dessen BIP sinkt. Für die Weltwirtschaft insgesamt ist der IWF dagegen zuversichtlicher: Sie soll um 3,0 Prozent wachsen. Auch in der Eurozone gibt es starke Ausreißer nach oben: In Spanien soll das BIP in diesem Jahr um 2,5 Prozent, in Italien um 1,1 Prozent wachsen. Für die USA wurde die Prognose auf 1,8 Prozent angehoben.

Firmen versuchen, ältere Arbeitnehmer zu halten

Ohne die Menschen mit Erfahrung geht es nicht: Fast 60 Prozent der von Randstad befragten deutschen Unternehmen ergreifen mittlerweile Maßnahmen, um ältere Mitarbeiter länger im Betrieb zu halten. Die beliebteste Maßnahme sind flexiblere Arbeitszeitmodelle (85 Prozent). Altersgerechte Arbeitsplätze, Altersteilzeit sowie Gesundheitsförderung ergreifen über 40 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen. Auf Gehaltserhöhungen und gezielte Weiterbildungen greifen etwa 15 Prozent der Befragten zur Mitarbeiterbindung der älteren Generation zurück. Andere Unternehmen geben erfahrenen Mitarbeitern den Freiraum bei der Gestaltung von Projekten, mehr Urlaubstage oder Freizeitausgleichsmöglichkeiten.

Maßnahmen für eine längere Weiterbeschäftigung von älteren Mitarbeitern



Quelle: Randstad-ifo-Personalleiterbefragung 2023Q2 – ifo Institut

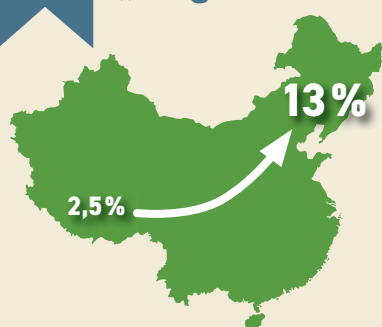
Abwärtstrend der Industrieproduktion setzt sich fort

Es geht weiter bergab: Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juni 2023 um 1,5 Prozent unter dem Stand des Vormonats Mai. Gegenüber Juni 2022 ergab sich ein Minus von 1,7 Prozent.

„Der Abwärtstrend der Industrieproduktion setzt sich fort“, kommentiert DIHK-Konjunkturexperte Jupp Zenzen die Entwicklung. „Hohe Energiepreise, steigende Zinsen, Fachkräftemangel gepaart mit einer lahmen Weltkonjunktur bremsen die Industrie weiterhin.“ Die Industrieproduktion (Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Baugewerbe) nahm im Juni 2023 gegenüber dem Vormonat um 1,3 Prozent ab. Die Produktion von Investitionsgütern verzeichnete einen Rückgang von 3,9 Prozent.



„Angezählt“



... sind deutsche Unternehmen auf dem europäischen Markt – denn ausgerechnet hier geraten sie durch chinesische Konkurrenten immer stärker unter Druck. Das zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Analyse belegt, dass insbesondere bei hochwertigen Industriewaren wie Maschinen oder Autos der Anteil chinesischer Unternehmen an den Importen der EU-Staaten zugenommen hat, der Anteil deutscher Unternehmen ist dagegen geschrumpft: Kamen im Jahr 2000 noch 2,5 Prozent der EU-Importe in diesem Bereich aus China, lag der Anteil 2022 schon bei 13 Prozent. Deutschlands Anteil sank in dieser Zeit von 17,7 auf 15,5 Prozent. „Chinesische Anteilsgewinne und deutsche Anteilsverluste gehen oft Hand in Hand“, heißt es in der Studie.

Der große Befreiungsschlag könnte ausbleiben

Von Johannes
C. Bockenheimer



Johannes C. Bockenheimer ist Wirtschaftsredaktor im Berliner Büro der NZZ. Er hat in Hamburg Politikwissenschaften und in Beer Sheva/Israel Nahostwissenschaften studiert. Anschließend volontierte er an der Georg von Holtzbrinck-Schule für Wirtschaftsjournalisten.

Deutschland geht es, von einigen klitzekleinen Winzigkeiten abgesehen, sehr gut. Zu diesem Schluss konnte kommen, wer in den vergangenen Wochen die politischen Schlagzeilen verfolgt hat. Statt über Strukturreformen und große Weichenstellungen zu diskutieren, begnügte sich das politische Berlin mit dem Mikromanagement. So bastelten die Grünen an einem Werbeverbot für Schokoriegel, um Kinder vor Karies zu schützen. Gesundheitsminister und SPD-Politiker Karl Lauterbach wiederum dachte laut über ein Verbot von Tennisturnieren im Sommer nach, um die Zahl der Hitzetoten zu senken.

Dabei hätte es Wichtigeres zu besprechen gegeben. Vorneweg die Wirtschaftskrise, in der das Land steckt: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen, prognostizierte etwa der Internationale Währungsfonds jüngst. Deutschland sicherte sich damit den zweifelhaften letzten Platz unter den G7-Industriestaaten, die trotz Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg allesamt wieder auf den Wachstumspfad zurückgefunden haben. Die Gründe für diesen wirtschaftlichen Abstieg sind lang bekannt.

Da wären etwa die Energiepreise, die seit Jahren von Rekordhoch zu Rekordhoch steigen und Betrieben und Konzernen zusetzen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hielt diese Entwicklung indes nicht davon ab, im Frühjahr die letzten verbliebenen Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen und die Energieknappheit damit noch zu verschärfen. Geht es nach ihm, sollen jetzt die Steuerzahler in die Bresche

springen und den energieintensiven Konzernen einen subventionierten Industriestrompreis finanzieren. Ein Plan ist das zwar, kein guter allerdings.

Auch dass es den Betrieben der größten europäischen Volkswirtschaft an Fachkräften mangelt, ist alles andere als ein Geheimnis. Doch auch hier können die Firmen nicht auf die Ampel hoffen. Im Gegenteil: Die Bundesregierung verschärft das Problem noch. Unternehmern etwa, die auf ausländische Arbeitskräfte zurückgreifen wollen, steht ein Behördenmarathon bevor. Gleichzeitig werden jedes Jahr dringend benötigte Fachkräfte vorzeitig, einem anachronistischen Rentengesetz folgend, in den Ruhestand verabschiedet. Damit nicht genug: Grüne und Sozialdemokraten liebäugelten jüngst gar mit der Einführung einer Vier-Tage-Woche, was zusätzliche Per-

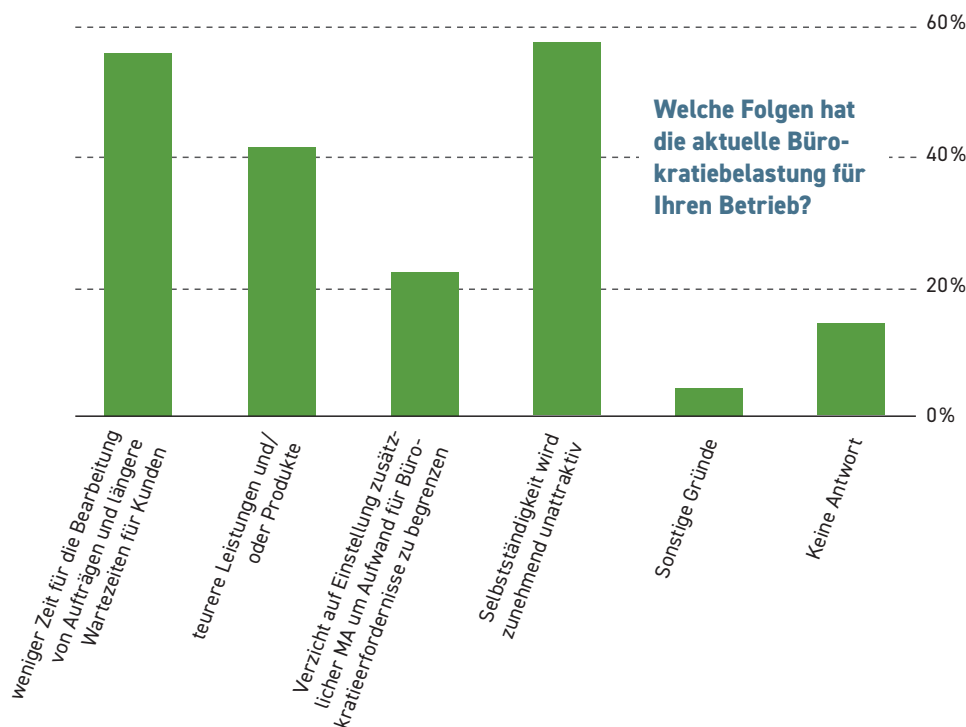
sonalengpässe bedeuten würde. Krise, welche Krise? Und dann wäre da noch die lähmende Bürokratie, die seit Jahren auf den Betrieben lastet. Bevor in Deutschland ein Unternehmen auch nur einen Euro umsetzt, muss es sich zuvor durch hunderte Richtlinien quälen und dutzende Nachweispflichten erfüllen. Der Ampel ist das Problem dabei durchaus bewusst: Justizminister Marco Buschmann hat für die zweite Jahreshälfte ein Entlastungsgesetz angekündigt. Doch die Betriebe sollten sich nicht zu früh freuen, denn die Ambitionen des FDP-Politikers scheinen gering. So sollen etwa Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege von zehn auf sieben Jahre verkürzt werden. Der große Befreiungsschlag – er könnte ausbleiben.

Zwar wird von der Ampel gelegentlich noch ein milliardenschwerer Fördertopf aufgetan, wenn er denn ins politische Konzept passt. Eine wirkliche Diskussion darüber aber, wie der Standort wirklich krisenfest und zukunftsfähig gemacht werden kann, wird nicht geführt. Nach vielen guten Jahren hat sich im Land das Gefühl breit gemacht, dass es schon laufen wird in den Betrieben, dass es keinen Bedarf für eine neue Standort-Debatte gibt. Doch während man in Deutschland über die Zukunft des Standortes schweigt, wird diese Debatte anderswo, in Asien, Amerika und auch im europäischen Ausland, intensiv geführt – und auch entsprechend gehandelt. Das deutsche Schweigen über den Wirtschaftsstandort – es könnte sich bald rächen. ●

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Bürokratie-Belastung im Handwerk gestiegen

Quelle: ZDH – Zentralverband des Deutschen Handwerks



Welche Folgen hat die aktuelle Bürokratiebelastung für Ihren Betrieb?

wand demnach in den letzten fünf Jahren gestiegen. Ständige Anpassungen an neue gesetzliche Regelungen sind für 76 Prozent der Handwerksbetriebe der größte Belastungsfaktor, gefolgt vom Aufwand zur Erfüllung von Nachweis- und Dokumentationspflichten (54 Prozent).

58 Prozent der Betriebe geben an, dass die Selbstständigkeit im Handwerk infolge der Bürokratiebelastung zunehmend unattraktiv ist. Von 68 Prozent der Handwerksbetriebe, die digital mit Behörden kommunizieren, wird der digitale Austausch als Entlastung empfunden. Aber: 35 Prozent der Betriebe kommunizieren mit Behörden gar nicht digital. Maßgeblicher Grund: Es fehlt an digitalen Kommunikationskanälen der Behörden.

Die bürokratische Belastung im Handwerk hat ein Niveau erreicht, das die Betriebe an ihre Grenzen bringt. Zudem stellen sie oft auch eine finanzielle Belastung dar – beispielsweise, wenn Tätigkeiten entsprechende Zertifizierungen voraus-

setzen oder die Anschaffung neuer Hard- und Software erforderlich ist. Das ist das Ergebnis der ZDH-Sonderumfrage „Bürokratiebelastung im Handwerk“.

Für 74 Prozent der teilnehmenden Handwerksbetriebe ist der Bürokratieauf-

Anzeige

Logistik-Lösungen für Leistungsträger

dynamisch · zertifiziert · inhabergeführt



Für kleine und ganz große Aufgaben:

120.000 Palettenstellplätze · 160 Fahrzeuge · 500 Mitarbeiter · Warehouse-Management · SAP · Onlinehandel · Li-Ion-Akku-/Batterie-/Gefahrgutlager Sondertransporte · Sicherheitsbereich · Entsorgung · eigenes Büro möglich Reg.B. · BIO-zertifiziert · 365/24-Lager im Dreieck A7 / A2



Logistik · Network · Workspace

www.ebeling-logistik.de

Hannover / Wedemark · Tel. 05130-5800-0



EBELING

Weil wir's können. **Logistik**



Warum die „Rente mit 63“ abgeschafft werden muss

Die „Rente mit 63“ belastet sowohl die Beitragszahler als auch den Bundeshaushalt. Und sie hat riesige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Ein Plädoyer, in der Rentenpolitik die richtigen Prioritäten zu setzen.

Zum 1. Juli 2014 wurde mit dem RV-Leistungsverbesserungsgesetz als Teil des Rentenpakets 2013 die sogenannte „Rente mit 63“ und damit eine Möglichkeit der abschlagsfreien Rente vor Erreichen des 65. Lebensjahres eingeführt. Für besonders langjährig Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren der Jahrgänge 1947 bis 1963 wurde damit eine bereits bestehende Ausnahme von der „Rente mit 67“ nochmals großzügiger ausgestaltet.

Diese Ausnahme von der Regelaltersrente hat in den Jahren nach ihrer Einführung zu einer deutlichen Steigerung der Inanspruchnahme der „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ geführt. Haben im Jahr 2013 lediglich 16000 Versicherte die „Rente mit 65“ in Anspruch genommen, waren es in den Folgejahren teilweise mehr als das 17-fache an Antragstellerinnen und Antragstellern. 2021 haben mehr als 270000 und damit ca. 30 Prozent aller Neurentnerinnen und Neurentner die „Rente mit 63“ genutzt.

Das Rentenreformgesetz 1992 und die damit verbundene Abkehr von der Frühverrentungspolitik der 1970er und 1980er Jahre sowie die Abschaffung zahlreicher Frühverrentungsarten durch das Rentenreformgesetz 1999 haben in den letzten 25 Jahren zu einem erheblichen Anstieg der

Erwerbsbeteiligung Älterer, insbesondere der 60- bis 65-Jährigen, geführt. Mit dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (Rente mit 67) wurde im Jahr 2008 der mit dem Rentenreformgesetz 1992 eingeschlagene Kurs fortgesetzt und eine schrittweise Anhebung der Regelaltersrente auf 67 Jahre bis 2030 beschlossen. Die Erwerbs- und Beschäftigungsquoten Älterer haben seitdem weiter zugenommen. Mit der Einführung der „Rente mit 63“ wurde jedoch die Anhebung der Regelaltersgrenze für in etwa ein Drittel der Versicherten ausgehebelt.

Mit der Option eines abschlagsfreien Renteneintritts vor Erreichen der Regelaltersgrenze hat die „Rente mit 63“ dem Arbeitsmarkt vorzeitig zahlreiche Beschäftigte entzogen, und das in Zeiten eines immer weiter zunehmenden Arbeits- und Fachkräftemangels.

Nach Schätzungen der Prognos AG im Rahmen einer 2023 im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellten Kurzstudie ergibt sich für das Jahr 2022 durch die „Rente mit 63“ eine um rund 4 Prozentpunkte verringerte Beschäftigungsquote bei den 60- bis unter 65-Jährigen. Hochgerechnet mit der Bevölkerung dieser Altersgruppe entspre-

che dies einem Verlust von rund 207 300 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Jahr 2022. Dies bedeute zugleich, dass bei einem Verzicht auf die „Rente mit 63“ in den vergangenen Jahren rein rechnerisch rund 10 bis 20 Prozent der offenen Stellen hätten besetzt werden können. Die Studienautoren merken zudem an, dass gerade in Engpassberufen der Anteil älterer Beschäftigter höher ist, und die „Rente mit 63“ insbesondere bei Fachkräften mit anerkanntem Berufsabschluss zu einem Rückgang der Beschäftigung geführt habe. Die „Rente mit 63“ betreffe daher insbesondere die Segmente des Arbeitsmarkts, in denen die Fachkräftengpässe aktuell und zukünftig am höchsten sind.

Die Kurzstudie der Prognos AG befasst sich auch mit den Auswirkungen einer Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte für die langfristige Entwicklung der Rentenfinanzen. Die Autoren betrachten hierbei zwei Szenarien: die sofortige Abschaffung der „Rente mit 63“ sowie die Abschaffung zum 1. Januar 2031.

Nach dem Ergebnis der Studie haben beide Szenarien zur Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte zur Folge, dass alle Versicherten unabhängig von

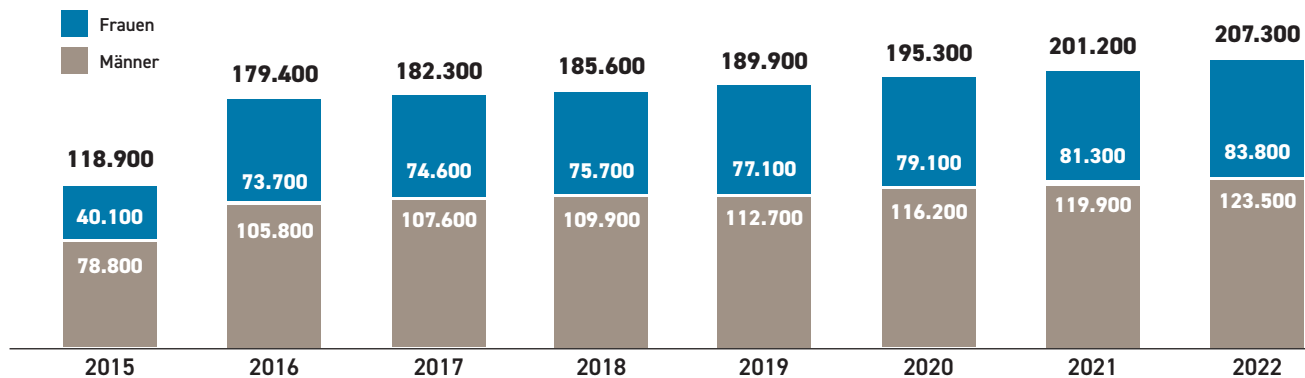
der Anzahl ihrer Beitragsjahre versicherungsmathematisch „fair(er)“ behandelt werden würden. Die Abschaffung der „Rente mit 63“ führe mittel- bis langfristig zu einer Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler in Höhe von 0,4 bis 0,5 Prozentpunkten im Jahr 2035 und 0,5 bis 0,6 Prozentpunkten im Jahr 2045. Bei einer sofortigen Abschaffung falle die Entlastungswirkung bis zum Jahr 2031 sogar noch höher aus. Insbesondere könne der Beitragssatz bis etwa 2028 auf dem heutigen Niveau von 18,6 Prozent stabilisiert werden. Gleichzeitig wirke sich dies im geringen Maße auch positiv auf das Rentenniveau aus.

Die Effekte auf Beitragssatz und Rentenniveau spiegeln sich in der Entwicklung der Rentenfinanzen wider. Zusammengerechnet über den Betrachtungszeitraum, reduzieren sich nach dem Ergebnis der Studie die Rentenausgaben bis zum Jahr 2035 um 101 bis 139 Mrd. Euro und bis zum Jahr 2045 um 204 bis 255 Mrd. Euro. Damit erfordere die Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung langfristig entsprechend geringere Einnahmen aus Beiträgen und Bundeszuschüssen. Über den Betrachtungszeitraum hinweg betrage die Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler bis zum Jahr 2035 91 bis 124 Mrd. Euro und bis zum Jahr 2045 183 bis 227 Mrd. Euro. Die Entlastung des Bundeshaushalts liege bei 19 bis 27 Mrd. Euro bis 2035 und bei 39 bis 51 Mrd. Euro bis 2045.

Die Ergebnisse der Prognos-Studie zeigen einerseits, dass eine Abschaffung der „Rente bis 63“ einen nicht unwesentlichen Beitrag zur dringend nötigen Fachkräftesicherung leisten könnte. In vielen Berufen wird es in den nächsten Jahren zu weiteren Engpässen kommen. Anreize zur Frühverrentung werden diesen Trend nur noch verstärken.

Andererseits zeigen die Ergebnisse, dass sowohl eine sofortige als auch eine Abschaffung mit einer gewissen Übergangszeit positive Effekte für die Rentenfinanzen haben würde, sowohl für das Rentenniveau und die Beitragsentwicklung als auch für den Bundeshaushalt.

Die Abschaffung der „Rente mit 63“ führt mittel- bis langfristig zu einer Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen und Darstellung © Prognos 2023

Im Ergebnis spricht daher sehr viel dafür, diese Fehlanreize in der Rentenversicherung schnell zu beenden und die „Rente mit 63“ auslaufen zu lassen.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat sich in einem offenen Brief vom 13. Juli 2023 an Bundesminister Robert Habeck ebenfalls für eine Abschaffung der „Rente mit 63“ ausgesprochen.

Der Beirat weist daraufhin, dass bei den Herausforderungen, vor denen die gesetzliche Rentenversicherung aktuell steht, der „Stellschraube“ des Renteneintrittsalters und damit insbesondere der „Rente mit 63“ eine besondere Bedeutung zukomme. Mit 260.000 Personen pro Jahr basiere fast jeder dritte Eintritt in die Altersrente auf dieser Regelung. Damit gingen der Rentenversicherung nicht nur eine große Zahl von Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern verloren. Gleichzeitig handele es sich bei diesen Personen überwiegend um gut ausgebildete, überdurchschnittlich verdienende und gesündere Menschen. Darunter seien besonders viele hochqualifizierte Fachkräfte, sodass der durch die demographische Entwicklung entstehende Fachkräftemangel weiter verschärft werde. Die „Rente mit 63“ sei daher aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine höchst problematische Regelung. Der Beirat empfiehlt mithin die Abschaffung dieser Regelung, zumindest aber, sie nur denen zukommen zu lassen, die „gesundheitlich und/oder einkommensmäßig weniger privilegiert“ seien.

Die Ampel-Regierung hat zuletzt lauter werdende Forderungen nach einer Anhebung des Renteneintrittsalters sowie einer Abschaffung der „Rente mit 63“ erneut zurückgewiesen. Laut einer Sprecherin des von Hubertus Heil geführten Bundesarbeitsministeriums sind Änderungen des Renteneintrittsalters „kein Bestandteil der rentenpolitischen Vorhaben der derzeitigen Regierungskoalition“. Auch Bundeskanzler Scholz hat sich in der letzten Regierungsbefragung vor der parlamentarischen Sommerpause gegen eine Anhebung ausgesprochen und Überlegungen, die „Rente mit 63“ abzuschaffen, eine Absage erteilt.

Die beitragsfinanzierte Rentenversicherung bildet das Fundament der Alterssicherung in Deutschland. Damit

langfristig die Beitragssätze aller Sozialversicherungszweige unterhalb der 40-Prozent-Marke gehalten werden können, braucht es grundlegende Reform- und Konsolidierungsansätze und eine grundlegende Neuausrichtung der Altersvorsorge in Deutschland, die künftig nur mit drei starken Säulen funktionieren kann: gesetzlicher Rentenversicherung, betrieblicher und privater Altersvorsorge. Um künftige Beitragszahler nicht zu überlasten und vor politischen Begehrlichkeiten zu schützen, muss zudem das Prinzip der Generationengerechtigkeit in der Rente institutionell gestärkt und grundgesetzlich verankert werden.

Die Menschen werden immer älter und die Rentenbezugsdauer wird immer länger. Neben der Abschaffung der „Rente mit 63“ ist die Anpassung der Regelaltersgrenze deshalb das zentrale Element, um die gesetzliche Rente finanzierbar zu halten. Als gerecht und erklärbar gilt die Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung im Verhältnis 3:1 ab 2031. Für Beschäftigte mit besonderen Belastungen muss es weitere Verbesserungen im Rahmen der Erwerbsunfähigkeitsrente sowie Sonderregelungen geben, die sie nicht benachteiligen. Es müssen zudem bessere Anreize für längeres Arbeiten gesetzt sowie ein früherer oder späterer Renteneintritt versicherungsmathematisch gerechter abgebildet werden.

Letztlich muss auch das Rentenniveau als gesetzliche Haltelinie fallen. Die Betrachtung muss auf dem „Altersvorsorgeniveau“ insgesamt liegen und auch die anderen Säulen sowie Vermögen umfassen. Jemand kann eine geringe Rente bekommen und trotzdem wohlhabend im Alter sein. Die säulenübergreifende Renteninformation ist dabei ein wichtiger Baustein.

Es gilt nun, die richtigen Prioritäten zu setzen. Für stabilere Rentenfinanzen und für die Sicherung dringend benötigter Fachkräfte.



Bastian Pophal
Redakteur
pophal@mit-bund.de

„**Personalarbeit
ist wie ein Puzzle.
Toll, wenn alles
zusammenpasst.**“

Cheri, Personalleiterin

Sage HR Cloud Software ermöglicht einen optimalen Workflow, um ein stimmiges HR Puzzle zusammenzusetzen.

Besuchen Sie [Sage.com](https://www.sage.com)



Sage

helping business flow

Warum Forschungspolitik gegen Deindustrialisierung



Kaum ein Land ist so sehr angewiesen auf Forschung, Innovationskraft und technologische Spitzenleistungen wie das rohstoffarme Deutschland. Doch die F&E-Ausgaben sind um 3,6 Prozent gesunken. Dieser Trend ist für den Standort brandgefährlich.

hilft

Angesichts der zunehmenden Deindustrialisierung ist Industriepolitik heute in aller Munde. Industriepolitik, das sind wirtschaftspolitische Maßnahmen eines Staates oder dessen Verwaltungseinheiten, die auf die Struktur und die Entwicklung eines Industriezweigs einwirken. Ob „Inflation Reduction Act“ in den USA oder Klimatransformationsfonds in Deutschland – ein Eingreifen in die Märkte durch den Staat scheint unausweichlich. Doch lässt sich Industriepolitik mit einer marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik vereinbaren? Kann der Staat besser als der Markt beurteilen, in welchen Branchen und Unternehmen Investitionen besser investiert sind?

Ludwig Erhard, der Vater der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, war skeptisch: „Was wir brauchen, ist meiner Ansicht nach nicht ein Planungsprogramm, sondern ein Ordnungsprogramm. Es macht übrigens einen großen Unterschied aus, ob ein einzelner Unternehmer glaubt, in einer spezifischen Form der Vorausschau die Entwicklung des Marktes besser beurteilen zu können, oder ob der Staat von sich aus über das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik hinaus die Entscheidungen der Unternehmen unmittelbar zu beeinflussen versucht.“

Industriepolitik muss aber nicht zwangsläufig Unternehmensentscheidungen vorwegnehmen. Eine bewährte Methode, industrielle Entwicklung und Wachstum zu fördern, ohne Entscheidungen von Unternehmen unmittelbar zu beeinflussen, ist das Engagement des Staates für Forschung, die Förderung von Innovation und die Entwicklung neuer Technologien. Hier hat Deutschland Erfolge aus der Vergangenheit vorzuweisen. Auch andere Industrieländer fördern Forschung und Innovation durch staatliche Kassen.

Kaum ein Land ist so sehr angewiesen auf Forschung, Innovationskraft und technologische Spitzenleistungen wie das rohstoffarme Industrieland Deutschland. Angesichts multipler Krisen und inmitten des globalen Systemwettbewerbs gilt das mehr denn je. Unser Land der Tüftler, Denker und Ingenieure muss Erfindergeist und Einfallsreichtum fördern. Die Wirtschaft sorgt für die Zukunft des Standortes Deutschland vor: Zwei Drittel der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) in Deutschland werden von den Unternehmen aufgebracht. Allein der Mittelstand investierte im letzten Jahr 28,2 Mrd. Euro in F&E.

„Die mittelmäßige Platzierung Deutschlands im Innovationsindikator ist mehr als ein Warnsignal. Unserem Innovationssystem fehlt es an Dynamik, Tempo und Flexibilität.“

Siegfried Russwurm

Leider fallen wir trotz dieser Anstrengungen im internationalen Innovationswettbewerb zurück. Noch im Jahr 2000 kamen 6,7 Prozent der weltweit gehandelten High-Tech-Exporte aus

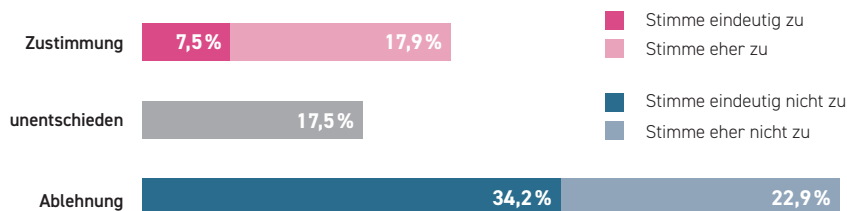
Fotos: adobe.stock.com – Alexander Rathis; Christian Kuppia

BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing.
Siegfried Russwurm



Inwiefern stimmen Sie der Aussage zu: „Deutschland ist noch immer ein Erfinderland“?

Ausgewertet nach: Geschäftsführer und Selbstständige



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 3,3% | Stichprobengröße: 2.511
Befragungszeitraum: 04.05.2023 – 09.05.2023 | Mittelwerte Quartale

Quelle: Vifa/civis

Deutschland, nur 3,6 Prozent aus China. Seitdem ist der deutsche Anteil zurückgegangen, und fast ein Viertel der weltweiten High-Tech-Güter kommt aus China. Grund sind die F&E-Erfolge des asiatischen Wettbewerbers. Beispiel Produktionstechnologie: Hier hat China seine Patentanmeldungen seit der Jahrtausendwende um

Plätze abgerutscht. So kann es nicht überraschen, dass nur noch 25 Prozent der deutschen Geschäftsführer unser Land als ein „Erfinderland“ sehen.

Auch der Anteil innovativer Unternehmen insgesamt ist in Deutschland innerhalb der letzten drei Jahre deutlich gesunken. Nur noch jedes fünfte deutsche Unternehmen kann heute als besonders innovativ bezeichnet werden. 2019 galt dies noch für jeden vierten Betrieb. Dagegen ist allein in den zurückliegenden drei Jahren der Anteil der Unternehmen, die nicht aktiv nach Neuerungen suchen, von 27 auf 38 Prozent gewachsen. Auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene lässt sich ein Rückgang der Innovationstätigkeit beobachten. So liegt der innovative Output – also die Gesamtheit aller erfolgreich umgesetzten Produkt-, Prozess-, Organisations- oder Marketinginnovationen aller Unternehmen – 2022 um

„Das niedrige Investitionsniveau im Mittelstand ist ein alarmierendes Signal.“

Stephan Ortolf

den Faktor 52,8 vervielfacht (Deutschland: Faktor 1,5). Im europaweiten Vergleich ist das deutsche Patentaufkommen auf den niedrigsten Stand seit einem Jahrzehnt gesunken (Europäisches Patentamt 2023). Auch wenn es um die Gründung von Unternehmen geht, hängt Deutschland weit zurück (nur 44 Prozent im Vergleich zu den USA). Gemessen an der Anzahl der Erwerbstätigen ging die Anzahl der Gründer in den letzten 20 Jahren um rund ein Drittel zurück.

Trotz allem kann sich Deutschland in der Rangliste der innovationsstärksten Länder noch behaupten, und zwar durch den rasanten Aufstieg im Bereich der Nachhaltigkeitsinnovationen. Leider sind wir gleichzeitig bei den so wichtigen Schlüsseltechnologien im „Innovationsindikator 2023“ um drei



Stephan Ortolf, Bereichsleiter
Zentralbereich Firmenkundengeschäft/
Multinationale Konzerne, DZ Bank

15 Prozent unter dem Niveau von 2019. Die Ergebnisse dieses Rückgangs lassen sich messen: Trotz europaweiter Rekorde bei den Patentanmeldungen sank das Aufkommen aus Deutschland um 4,7 Prozent auf den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren.

Gerade im Mittelstand ist der Investitionswille nach den Pandemie Jahren gesunken. Die DZ Bank hatte Geschäftsführer im Frühjahr gefragt, inwiefern sie ihre Investitionsvorhaben in diesem Jahr verändern werden. Ergebnis: Bei langfristigen Zukunftsprojekten wie dem betrieblichen Innovationsmanagement (also F&E) und Produktinnovationen soll künftig gespart werden. Nur noch 68 Prozent der Mittelständler wollen in diesem Jahr Geld für Investitionen in die Hand nehmen – im Frühjahr 2019 sagten das noch 78 Prozent.

„Das niedrige Investitionsniveau im Mittelstand ist ein alarmierendes Signal, denn die Unternehmen bilden den Kern der deutschen Wirtschaft und sind oft Bindeglied globaler Lieferketten“, sagt Stephan Ortolf, Leiter des Zentralbereichs Firmenkunden der DZ BANK.

Notwendig für eine wettbewerbsfähige Industrie ist ein starkes Forschungs- und Innovationssystem. Dieser Meinung ist auch Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI): „Innovationen sind entscheidend für die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.“ Im Hinblick auf das schlechte Abschneiden des Standortes Deutschland im regelmäßig von dem Spitzenverband erhobenen „Innovationsindikator“ urteilt Russwurm: „Die mittelmäßige Platzierung Deutschlands im Innovationsindikator ist mehr als ein Warnsignal. Unserem Innovationssystem fehlt es an Dynamik, Tempo und Flexibilität.“

Die Förderung von Forschung und Innovation ist geradezu eine Verpflichtung gegenüber der Zukunft. Im Gegensatz zur Subvention einzelner Unternehmen ist die staatliche Förderung von Forschung und Innovation gut angelegtes Geld. Forschungsför-



Mit 75 Jahren für Nachwuchs sorgen? Machen wir.

Seit 75 Jahren gestaltet die KfW die Zukunft und unterstützt den Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft. Zum Beispiel mit Projekten zur Förderung innovativer und digitaler Bildung, Infrastruktur, Unternehmen und Start-ups.

kfw.de/75jahre



derung ist ordnungspolitisch richtig verstandene Industriepolitik. Doch gerade hier wird die Bundesregierung ihren Aufgaben nicht gerecht. Zuletzt sind die F&E-Ausgaben in Deutschland sogar um 3,6 Prozent auf 170,5 Milliarden Euro gesunken. Dieser Trend ist für den Standort Deutschland brandgefährlich und muss dringend gestoppt werden. Die Bundesregierung muss die Brücke von der Forschung in Richtung Mittelstand stärken, damit auch in Zukunft die Ideen von Tüftlern, Denkern und Ingenieuren in Wertschöpfung und Wohlstand umgesetzt werden können.

Die Politik muss jetzt schleunigst umsteuern. Statt über Nachtragshaushalte, Investitionsprogramme und Subventionen nachzudenken, muss die Regierung Forschung, Innovation und Technologieförderung Vorfahrt einräumen. Am selbst gesteckten Ziel, den Anteil der Ausgaben für F&E am BIP bis 2025 auf 3,5 Prozent zu erhöhen, muss unbedingt festgehalten werden. Dabei muss insbesondere die Anwendungsorientierung der Forschung gestärkt werden. Wichtig: Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand müssen an allen relevanten Forschungs- und Innovationsstrategien der Bundesregierung aktiv beteiligt werden.

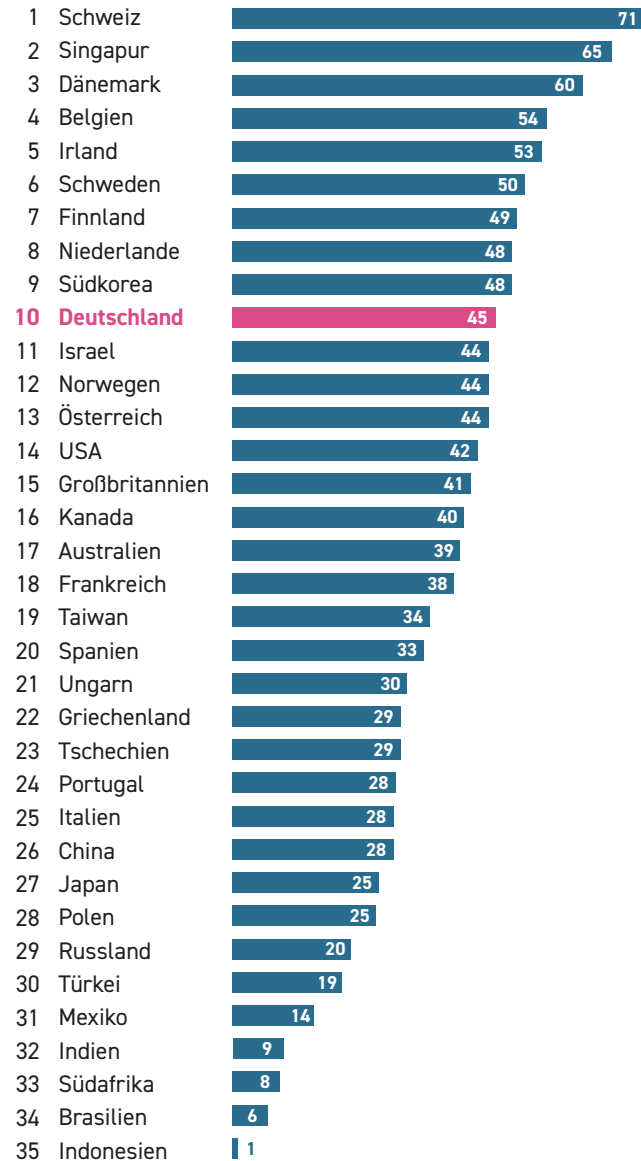
Dabei kommt es darauf an, anwendungsorientiert zu denken und zu handeln. Wir brauchen keine Elfenbeintürme, sondern Fortschritt. Neben der Grundlagenforschung muss die anwendungsorientierte Industrieforschung zur zweiten Säule der Forschungs- und Innovationspolitik werden. Mittelstandsrelevante Budgets, wie etwa für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), die Forschungszulage oder für die wichtige Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF), müssen jeweils mindestens verdoppelt werden. Und nach wie vor mangelt es an Programmen, die das „Tal des Todes“ zwischen For-

schung und Wirtschaft zu überwinden helfen – es gibt zu wenig Unterstützung für den Übergang vom Prototyp in die Serienreife, hier stehen zu wenig Instrumente zur Verfügung.

Eines der größten Hemmnisse in unserem Land ist die Bürokratie – das gilt auch im Bereich der Forschung. Deutschland braucht mehr Ideen und weniger Formulare. Verwaltungsv erfahren bei Förderprogrammen müssen erheblich beschleunigt und vereinfacht werden. Die Erprobung von Innovationen muss durch eingeschränkte Aussetzung von Regulierungen in

Form von „Reallaboren“ und Experimentierklauseln ermöglicht werden, die anderenfalls mit dem bestehenden Rechts- und Regulierungsrahmen nur bedingt vereinbar sind. Und: Die Deckelung von Forschergehältern auf das Niveau des öffentlichen Dienstes bringt für geförderte privatwirtschaftliche Forschungseinrichtungen im internationalen Wettbewerb und für die Bemühungen, Spitzenforscher einzubinden, erhebliche Wettbewerbsnachteile. Deshalb muss das so genannte Besserstellungsverbot aufgehoben werden.

Rang Volkswirtschaft



Quelle: BDI-Innovationsindikator, S. 13

„Innovationen sind entscheidend für die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.“

Siegfried Russwurm

Schlüssel für das Wachstum von morgen ist die Innovationskraft des Mittelstands. Er ist das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft und zentraler Akteur zur Umsetzung von Innovationserfolgen am Markt. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen der Fördermaßnahmen attraktiver für KMU gestaltet werden. Für kleinere Unternehmen sollten höhere Förderquoten möglich sein (evtl. auch bis

100 Prozent oder „Innovationsgutscheine“ bis zu 15.000 Euro für kleine Projekte). Außerdem sollten Gründer sich auf den Betrieb konzentrieren, nicht auf Bürokratie. Sie sollen deshalb weitgehend von Bürokratie entlastet werden und im Rahmen einer „Gründerschutzzone“ von Auflagen im Steuer- und Arbeitsrecht, bei Melde- und Statistikpflichten, bzw. mindestens von möglichen Bußgeldern bei

fahrlässigen Verstößen befreit werden (siehe Report Seiten 20 bis 22). Innovationsorientierung muss als notwendige Form der Industriepolitik begriffen werden und ins Zentrum der Wirtschaftspolitik rücken. Eine effektive Forschungs- und Innovationspolitik, die den Mittelstand in den Blick nimmt und auf Fortschritt fokussiert ist, ist die beste Medizin gegen eine Deindustrialisierung in Deutschland, ist die bessere Industriepolitik. Es ist Zeit, umzusteuern. ●



Dr. Christoph Sprich
Redakteur
sprich@mit-bund.de

Anzeige

wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen



Gründerschutzzonen: Beinfreiheit für den Mittelstand von morgen

Start-ups, die bis 2030 gegründet werden, könnten rund 2,3 Billionen Euro zum deutschen BIP beitragen. Aber dafür brauchen sie bessere Bedingungen.

Mit dem Beschluss des Zukunftsfinanzierungsgesetzes im Bundeskabinett am 16. August machte sich große Enttäuschung in der Gründerszene breit. Die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen von 1.440 auf 5.000 Euro ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die von der MIT-Bundesvorsitzenden Gitta Connemann geforderte Anhebung auf 10.000 Euro hätte berücksichtigt werden sollen. Auch eine Pauschalbesteuerung, also eine Besteuerung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen wie normale Aktien, hätte international ein Zeichen gesetzt. Denn die immense Rolle von Gründerinnen und Gründern als Motor für wirtschaftliches Wachstum und Innovation ist unbestreitbar.

Die Start-ups von heute sind der Mittelstand von morgen – und der ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Die neuesten Prognosen von McKinsey zeigen, dass Start-ups, die zwischen heute und 2030 gegründet werden, einen geschätzten Beitrag von fast 2,3 Billionen Euro zur deutschen Wirtschaft leisten könnten, was die Marktkapitalisierung der heutigen DAX-40-Unternehmen um mehr als

„Einheitliche Standards für Reallabore, in denen auch in Deutschland unter ‚echten Bedingungen‘ Innovationen getestet werden können, sind unabdingbar, um im Markt wettbewerbsfähig zu bleiben ...“

Finn Age Hänsel von der Sanity Group



20 Prozent übertreffen würde. Um diese beeindruckenden Zahlen zu erreichen, bedarf es einer Beschleunigung der bereits heute hohen Dynamik im Start-up-Ökosystem, das jährlich im Schnitt etwa 2.900 neue Start-ups hervorbringt.

Die aktuelle Gründungsaktivität, die bereits 1,1 Billionen Euro zum Bruttoinlandsprodukt bis 2030 leistet, könnte durch zusätzliche Anstrengungen um weitere 1,2 Billionen Euro an Wertschöpfung gesteigert werden, sodass bis 2030 insgesamt 2,3 Billionen Euro erreicht werden könnten. Die mögliche Wertsteigerung hat zwei Hebel. Erstens könnte die Verdoppelung der jährlich gegründeten Start-ups im Jahr 2030 im Vergleich zu heute allein 500 Milliarden Euro an Wert schaffen. Zweitens könnte eine verbesserte Erfolgswahrscheinlichkeit für Start-ups weitere 500 Milliarden Euro an Wert beitragen. Kombiniert man beide Hebel, könnte der gesteigerte Erfolg zusätzlich gegründeter Start-ups weitere 200 Milliarden Euro an Wert generieren, um die oben genannten 2,3 Billionen Euro zu erreichen.

Darüber hinaus könnten dieselben Maßnahmen zwischen heute und 2030 insgesamt 1,44 Millionen neue Arbeits-



Christoph J. Stresing vom Bundesverband Deutsche Startups

plätze in den gegründeten Start-ups schaffen. Diese imponierenden Zahlen verdeutlichen das riesige Potenzial von Start-ups für die deutsche Wirtschaft und die Notwendigkeit, gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um diese Dynamik weiter zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang rückt das Konzept der Reallabore in den Blick. Reallabore bieten eine kontrollierte Umgebung, in der Gründerinnen und Gründer innovative Ideen testen und gleichzeitig regulatorische Flexibilität erhalten können. Das Ziel ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Freiheit und Regulierung zu schaffen, um die Dynamik des Start-up-Sektors zu entfalten. Die Schaffung dieses dynamischen Umfelds für das deutsche Start-up-Ökosystem kann den Weg für eine blühende Gründerkultur in Deutschland ebnen.

Jedoch stehen Gründerinnen und Gründer in Deutschland vor einer Vielzahl von Herausforderungen, die ihr Wachstum und ihre Innovationsfähigkeit beeinträchtigen. Insbesondere die bürokratischen Hürden und die zeitaufwändigen Prozesse für Dokumentation und Meldepflichten haben sich als Hemmnisse für die Geschäftstätigkeit erwiesen. Im neuesten DIHK-Report Unternehmensgründungen 2023 fordern 69 Prozent der Unternehmer schnellere und einfachere Regularien. Wir brauchen Gründerschutz zonen mit einer Befreiung von bürokratischen Vorschriften in den ersten beiden Jahren: Weg mit den Auflagen im Steuer- und Arbeitsrecht, bei Melde-

und Statistikpflichten und weg mit Bußgeldandrohungen selbst bei fahrlässigen Fehlern.

Christoph J. Stresing, Geschäftsführer beim „Bundesverband Deutsche Startups“: „Wichtige Voraussetzung für Innovationen sind verlässliche Leitplanken. Dabei geht es gerade nicht darum, Entwicklungen zu begrenzen, sondern vielmehr im Gegenteil darum, mit einem rechtlichen Rahmen einen Raum für Erprobungen von innovativen Technologien zu gewährleisten.“

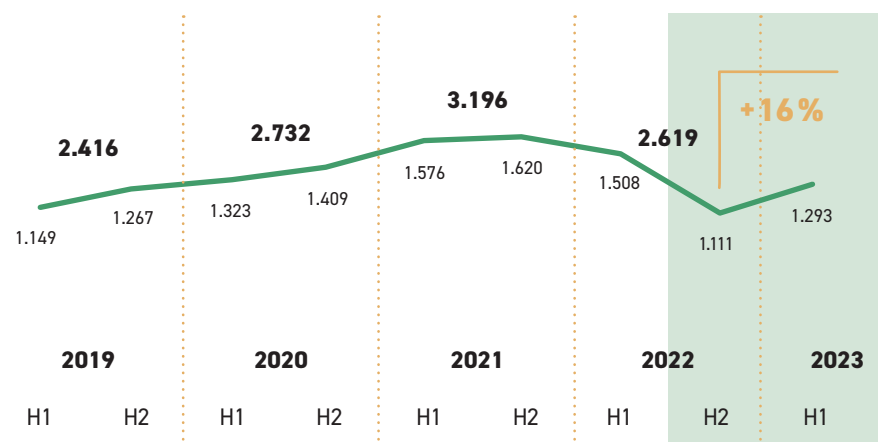
Dabei bieten Experimentierklauseln, die oft die rechtliche Grundlage für Reallabore bilden, den Behörden eine Möglichkeit, einen gewissen Flexibilitätsgrad bei der Erprobung innovativer Ansätze anzuwenden. Dadurch können neue Ideen schneller umgesetzt und auf ihre praktische Tauglichkeit getestet werden. Reallabore sind eine gute Plattform für Technologien, die von iterativen Tests unter realen Bedingungen im Entwicklungsprozess profitieren können. Ein Beispiel hierfür wäre ein autonomer Lieferroboter.

Reallabore legen einen besonderen Schwerpunkt darauf, Produkte oder Dienstleistungen gleichzeitig zu testen und zu gestalten, indem sie Umgebungsvariablen bewusst als Teil des Untersuchungsumfelds einbeziehen. Dabei verfolgen sie einen ko-kreativen

Ansatz, bei dem Endnutzer aktiv in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. Der Aufbau von Reallaboren ermöglicht es, den Grad der Nutzerbeteiligung am Innovationsprozess kontrolliert zu erhöhen. Initiatoren von Reallaboren haben die Möglichkeit, den Komplexitätsgrad, der mit der Öffnung des Innovationsprozesses einhergeht, bewusst zu steuern, indem sie den Zugang zu Reallaboren auf bestimmte Nutzergruppen beschränken. Dadurch können sie gezielt bestimmte Zielgruppen ansprechen und das Potenzial für wertvolles Nutzerfeedback maximieren.

Dazu sagt Fin Age Hänsel, CEO der Sanity Group: „Einheitliche Standards für Reallabore, in denen auch in Deutschland unter ‚echten Bedingungen‘ Innovationen getestet werden können, sind unabdingbar, um im Markt wettbewerbsfähig zu bleiben und langfristig nicht nur Technologien zu entwickeln, sondern sie auch nach Anwendung in einem realen Umfeld weiterzuentwickeln und somit am Standort zu halten. Aus Sicht von Gründern und der Digitalwirtschaft ist es unabdingbar, dass Deutschland hier nicht nur an internationale Regeln ‚anschließt‘, sondern Vorreiter wird, so dass wir nicht nur unsere heutige Forschung & Entwicklung verteidigen, sondern auch mehr Technologieentwickler

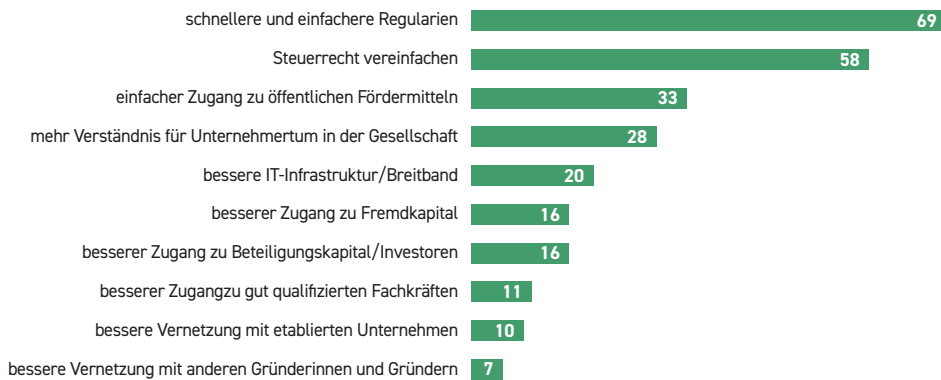
Anzahl Startup-Neugründungen seit 2019



Quelle: Startupverband

Was muss geschehen, um den Gründungsstandort Deutschland zu verbessern?

(Angaben in %)



Quelle: DIHK-Report Unternehmensgründungen 2023

aus aller Welt anziehen und am Standort Deutschland sesshaft machen.“

Die Möglichkeiten der Finanzierung von Unternehmen in ihrer Gründungsphase ist dafür ein essenzieller Faktor. Während die Finanzierungsmöglichkeiten in den Frühphasen des Wachstums mittlerweile auch in Deutschland zufriedenstellend sind, steht in der Spätphase des Wachstums nicht ausreichend Kapital zur Verfügung. Besorgniserregend ist, dass nordamerikanische Investoren größere Anteile an deutschen Start-ups halten als heimische Pensionsfonds.

Dabei verlagert sich die Kontrolle häufig dorthin, woher das Geld stammt. US-Fonds halten mittlerweile 10 Prozent der deutschen Tech-Einhörner (47 Mrd. Euro), Deutsche dagegen 0,2 Prozent. Einen weiteren wichtigen Schritt stellt hierbei die Förderung von mehr Börsengängen in Deutschland dar, um das deutsche Start-up-Ökosystem zu stärken. Neben dem Skalieren ist der Exit eines Start-ups die entscheidende Phase seiner Wertschöpfungsreise. Derzeit führen viele deutsche Start-ups ihre Börsengänge außerhalb Deutschlands durch, hauptsächlich, weil der Prozess dort schneller und einfacher ist und oft auch lukrativer erscheint. Um den Wert innerhalb des heimischen Start-up-Ökosystems zu halten, sollte Deutschland die Effizienz des Börsengangs verbessern, um mehr Exits im Inland zu ermöglichen.

Nicht jedes Start-up hat das ultimative Ziel, durch Venture Capital oder

einen Börsengang zu wachsen. Unternehmen, die zu Mitgliedern des „New German Mittelstand“ heranwachsen, hören oft nach einigen Finanzierungsrunden auf, Geld aufzunehmen, bleiben trotzdem auf der Erfolgsspur. Ein Beispiel dafür ist Think-cell, ein Software-Unternehmen aus Berlin, das für mehr als 1 Milliarde Euro erworben wurde – mit nur sehr geringer Venture-Capital-Finanzierung. Diese Unternehmen tragen zwar nur etwa 15 Prozent des von Start-ups zwischen heute und 2030 geschaffenen Wertes bei, steuern jedoch im Verhältnis zu ihrer Marktkapitalisierung etwa doppelt so viele Arbeitsplätze bei (rund 30 Prozent).

Zudem deutet das Beispiel von Think-cell darauf hin, dass der Wert von Unternehmen im „New German Mittelstand“ höher sein könnte als man durch Betrachtung ihrer letzten Finanzierungsrunde messen kann. Ihr Fokus auf Profitabilität in früheren Phasen des unternehmerischen Prozesses bedeutet, dass die von ihnen geschaffenen Arbeitsplätze tenden-

ziell stabiler sind als die ihrer hyperwachsenden Pendanten.

Eine ausgewogene Unterstützung sowohl für hyperwachsende Start-ups als auch für Unternehmen des „New German Mittelstand“ könnte das Potenzial der deutschen Gründerszene voll ausschöpfen und die langfristige wirtschaftliche Stabilität des Landes stärken. Auch Niklas Veltkamp, Mitglied der Geschäftsleitung von Bitkom, findet: „Die Idee der Reallabore ist einfach, aber effektiv: Innovationen werden unter Realbedingungen sicher getestet. Auf Basis der gesammelten Erfahrungen wiederum werden Gesetze angepasst, die dem Markteintritt der Innovation zuvor im Wege standen. Unterm Strich soll dann eine innovationsfreundlichere Gesetzgebung stehen.“

Die Ampelregierung muss bei der Errichtung von Gründerschutzzonen dringend Nägel mit Köpfen machen. Sie muss Reallabore als Instrument zur Förderung von Innovationen und der Entwicklung neuer Technologien nutzen. Der Fokus sollte auf der Schaffung eines strukturierten Rahmens liegen, der Experimente ermöglicht, während gleichzeitig angemessene Schutzmaßnahmen gewährleistet werden, um Risiken zu vermeiden.

Es ist wichtig, von den Erfahrungen anderer Länder zu lernen und die regulatorische Umgebung für Start-ups und innovative Unternehmen in Deutschland zu verbessern. Hierbei betont Christoph J. Stresing, dass es neben dieser „chancenorientierten Mentalität auch flankierender Maßnahmen, wie unter anderem hinreichende Finanzierungsmöglichkeiten und attraktive Rahmenbedingungen für die Talentgewinnung und -bindung“, bedarf. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Deutschland weiterhin ein führender Akteur in der digitalen Wirtschaft und technologischen Innovation bleibt. ●

Niklas Veltkamp von Bitkom



Louis Müller-Rettstatt
Redakteur
mueller-rettstatt@mit-bund.de



Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

Ministerpräsident
Boris Rhein sprach mit
Chefredakteur Fabian
Wendenburg über seine
Pläne für den Finanz-
standort Frankfurt,
den Wahlkampf gegen
Nancy Faeser und eine
Reform des Länder-
finanzausgleichs.

A portrait of Ministerpräsident Boris Rhein, a middle-aged man with short, graying hair, wearing black-rimmed glasses, a dark blue suit jacket, a white shirt, and a purple tie. He is looking directly at the camera with a neutral expression. The background is a blurred office setting.

**„Eine gute Gesundheits-
versorgung darf keine Frage
der Postleitzahl sein“**

Fabian Wendenburg: Herr Ministerpräsident Rhein, Sie sind seit langem MIT-Mitglied und waren MIT-Vorsitzender in Frankfurt. Wieviel MIT steckt in der hessischen Landesregierung?

Boris Rhein: Eine ganze Menge, denn der Mittelstand ist der Motor unserer Wirtschaft, das ist uns als CDU-geführter Landesregierung sehr bewusst und fließt in unsere tägliche Arbeit ein. Zum Beispiel haben wir mit einem 200 Mio. Euro schweren Hilfsprogramm „Hessen steht zusammen“ auch vielen großen und kleinen Unternehmen mit Energie-Mikrodarlehen und Bürgerschaftsprogrammen mit den schwierigen Folgen der Pandemie und des verbrecherischen Krieges gegen die Ukraine geholfen.

In Hessen wurde 2014 die erste schwarz-grüne Regierung in einem Flächenland gebildet. Wie ist die Bilanz der schwarz-grünen Zusammenarbeit? Ist dies ein Modell auch für die Zukunft?

Wir arbeiten in Hessen konstruktiv und verlässlich mit den Grünen zusammen. Damit sind wir das Gegenmodell zur Streit-Ampel auf Bundesebene. Die haben Chaos und Streit, wir haben Kurs und Stabilität. Für eine Koalitionsaussage ist es gleichwohl zu früh. Wir kämpfen alle gemeinsam dafür, dass die Hessen-CDU in der Landtagswahl am 8. Oktober so stark wie möglich wird: An uns vorbei darf keine Regierung gebildet werden. Wir wollen auch nach der Wahl so viel CDU wie möglich für unser Bundesland.

In Hessen liegt mit Frankfurt eine Finanzmetropole, zugleich umfasst der ländliche Raum rund 80 Prozent der Fläche Hessens. Wie kann eine Volkspartei für Stadt und Land gleichermaßen attraktiv bleiben?

Indem wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Im Jahr 2017 hat die hessische Landesregierung die Offensive „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“ gestartet, die mit dem Aktionsplan „Starkes Land – gutes Leben“ fortgeschrieben wurde. Diese Initiativen leisten einen großen Beitrag zur Lebensqualität in den ländlichen Räumen und stärken zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Menschen in Hessen sollen überall eine gute Lebensperspektive haben. Gleichwertigkeit ist dabei nicht mit Gleichheit zu verwechseln. Für die unterschiedlichen Räume gilt es, gleichwertige Perspektiven und Lösungen zu finden. Meine Vision für 2035: Die Menschen können in ganz Hessen uneingeschränkt dort leben, wo sie möchten – und nicht dort, wo sie müssen, um Arbeit zu finden oder eine Ausbildung zu machen.

Inwiefern prägen die ländliche Räume Ihre Politik, etwa bei Mobilität, Wohnen und Energie?

Wir wollen den Menschen in allen Teilen Hessens gleichermaßen gute Perspektiven und gleichwertige Lebensbedingungen bieten. Der ländliche Raum ist ein Zukunftsraum. Laut einer neuen Studie vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, die von der hessischen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, wollen immer mehr Hessinnen und Hessen auf dem

„Der Mittelstand ist der Motor unserer Wirtschaft.“

Land leben. Hessen zählt knapp 2 200 Dörfer in mehr als 400 Kommunen. Mehr als die Hälfte der hessischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Um den ländlichen Raum zu stärken, werden wir weiterhin leistungsfähige Netze bauen – eine stabile Internetverbindung sowie schneller Datenaustausch sind dabei außerordentlich wichtig. Eine gute Gesundheitsversorgung darf ebenfalls keine Frage der Postleitzahl sein, genauso wenig wie ein leistungsfähiger ÖPNV. Wir als CDU wollen außerdem auch ein eigenes Ministerium für Land- und Forstwirtschaft schaffen, um den besonderen Herausforderungen der ländlichen Räume zu begegnen.

Der Brexit ist seit über drei Jahren vollzogen. Welche Auswirkungen hatte der Brexit auf den Finanzstandort Frankfurt, und wie steht der Standort heute da?

Wir in Hessen sind schon am Tag nach dem Referendum mit einer eigenen Internetseite und Informationen zum



Ministerpräsident Boris Rhein im Gespräch mit Chefredakteur Fabian Wendenburg

Standort und den jeweiligen Ansprechpartnern online gegangen. Es gab eine außerdem Brexit-Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Wirtschafts-, Finanz- und dem Europa-Ministerium. Sie hat dabei geholfen, hessische Unternehmen sicher durch diesen Prozess zu begleiten. Das ist uns gut gelungen. Der Finanzstandort Frankfurt steht heute hervorragend da. Jetzt wollen wir in einem nächsten Schritt die AMLA, die geplante Anti-Geldwäschebehörde

der EU, nach Frankfurt holen. Dafür arbeiten wir in Brüssel, in Frankfurt und zusammen mit der Bundesregierung in Berlin. Frankfurt als einer der bedeutendsten Finanzplätze der Europäischen Union mit dem Sitz der EZB ist der ideale Standort für die

neue Behörde. Hier gibt es nicht nur eine hohe Dichte an Finanzinstituten und Aufsichtsbehörden, sondern auch zahlreiche hochmoderne und nachhaltig zertifizierte Büroimmobilien und hochqualifizierte Arbeitskräfte. Dass Frankfurt mit seinem Flughafen mitten in Europa außerdem bestens erreichbar ist, kommt noch hinzu.

„Die Menschen in Hessen sollen überall eine gute Lebensperspektive haben.“

Für Schlagzeilen hat im Frühjahr der hessische Weltmarktführer Viessmann gesorgt, der seine Klimasparte einschließlich der Wärmepumpen an das US-Unternehmen Carrier Global verkauft hat. Die einen sehen dies als Reaktion auf die Politik der Ampel, die anderen als Ausdruck dafür, dass Investitionen in deutsche Unternehmen attraktiv sind. Wie bewerten Sie diesen Schritt, und was sollten wir mit Blick auf unseren Standort daraus ableiten?

Eine Übernahme in dieser Größenordnung zeigt, wie groß die Dynamik im Heizungs- und insbesondere im Wärmepumpensektor ist. Der Markt regenerativer Heiztechnik ist international, Hessen spielt mit seinen Weltmarktführern in dieser Liga ganz vorne mit. Viessmann hat sich längst erfolgreich auf den Weg der Transformation begeben, die Sparte nachhaltiger Heizungen stark ausgebaut und ein sehr erfolgreiches Jahr 2022 hinter sich. Das macht das Familienunternehmen international attraktiv. Die Chancen in einem weltweit wachsenden Markt sind groß, aber der Investitionsbedarf für die Transformation ist gleichzeitig sehr hoch. Selbstverständlich muss sich ein Unternehmen, das global tätig ist, zukunftsfest aufstellen, um weiter wachsen zu können. Hessen ist deshalb ein zukunftsfähiger, starker Wirt-



schaftsstandort. Wir stehen für High-tech bei Wirtschaft und Innovation. Diese Stärke muss erhalten bleiben und fortentwickelt werden. Ein leistungsstarker Arbeitsmarkt ist dafür zentrale Bedingung.

Konkret nachgefragt: Welche Standortbedingungen muss Deutschland verbessern, und wo können die Länder Treiber und Vorreiter sein?

Der Standort Hessen wird in Zukunft nur erfolgreich bleiben, wenn Verwaltungsverfahren weiter entbürokratisiert und beschleunigt werden, ohne dass dadurch die Qualität der Verwaltungsentscheidungen leidet. Mit einer eigenen Kommission wollen wir deshalb alle Aufgaben der Verwaltung kritisch prüfen. Durch ein neues Zukunftskonzept „Made in Hessen“ wollen wir noch stärker um qualifizierte Arbeitskräfte, Neuansiedlungen von Unternehmen und ausländische Direktinvestitionen werben. Dazu ge-

hört, den Dialog mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft fortzusetzen und den Start-up-Standort Hessen durch Vernetzung und neue Finanzierungsmöglichkeiten in der Gründungs- und Wachstumsphase sowie in der Innovationsfinanzierung zu unterstützen. Hessen ist aber auch ein starkes Industrieland. Wir stehen dafür, dass unsere Industrie Heimat und Zukunft hat. Deshalb sind wir als Land in allen Bereichen breit aufgestellt, um Standortsicherheit zu bieten und Hessen auf Wachstumskurs zu halten.

„Wir stehen dafür, dass unsere Industrie Heimat und Zukunft hat.“

Müsste Deutschland in Ergänzung zur Standortpolitik aus Ihrer Sicht auch eine aktivere Industriepolitik machen, etwa durch die strategische Ansiedlung von Unternehmen?

Ich bin sehr dankbar für unseren starken Industriestandort. Für weitere strategische Ansiedlungen ist eine funktionierende Infrastruktur mit gut ausgebauten Verkehrswegen eine wichtige Voraussetzung. Mit unserer Hessenstrategie Mobilität 2035 setzen wir zum Beispiel Maßstäbe für ein digital vernetztes, klimaschonendes und leistungsfähiges Verkehrssystem. Unser Ziel ist es, ein klimaneutrales Industrieland zu werden. Dazu brauchen wir die Innovationskraft unserer Unternehmen und eine 360-Grad-Technologieoffenheit. Wir wollen Ökonomie und Ökologie sozialverträglich vereinen, damit die wirtschaftlichen Prozesse in den nächsten Jahren weitgehend klimaneutral, digitalisiert und ressourcenschonend werden.

Der Jurist Bors Rhein (51) arbeitete von 2006 bis 2009 als Stadtrat in Frankfurt. 2009 bis 2010 war er Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Anschließend, bis 2014, wirkte Rhein als LandesInnenminister. 2014 bis 2019 war er Hessens Minister für Wissenschaft und Kunst. 2019 bis 2022 war er Präsident des Hessischen Landtags. Boris Rhein ist seit dem 31. Mai 2022 hessischer Ministerpräsident und seit dem 2. Juli 2022 Vorsitzender der CDU Hessen.





Sie schlagen vor, den „kostenlosen Meister“ einzuführen, also Ausbildungskosten zu übernehmen. Was kann noch getan werden, um dem Mangel an Facharbeitskräften entgegenzuwirken?

Ohne eine ausreichende Zahl qualifizierter Fachkräfte kann die hessische Wirtschaft ihr Potenzial und ihre Chancen nicht ausschöpfen. Ziel ist es daher, wieder mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung zu gewinnen: mit einer Ausbildungsinitiative und außerschulischer Berufsorientierung. Gemeinsam mit den Partnern aus dem „Bündnis Ausbildung Hessen“ und dem „Neuen Bündnis Fachkräftesicherung Hessen“ leisten wir durch eine Vielzahl an Projekten unseren Beitrag zur Fachkräftesicherung. Aber auch die Fachkräfteoffensive „Erzieherinnen und Erzieher“ werden wir

„Ich werde mich selbstverständlich weiter für Planungssicherheit unserer Landkreise und Kommunen einsetzen.“

fortsetzen und intensivieren und den Quereinstieg in den Beruf zur Erzieherin und zum Erzieher einfacher machen. Das neue Interesse am Landleben kann den Trend hin zu einer alternden Bevölkerung in Dörfern und

Kleinstädten bremsen, denn unter den Menschen, die zu ziehen, ist fast jeder und jede Zweite jünger als 30 Jahre. Mehr Menschen im Erwerbsalter können für mehr lokale Nachfrage sorgen und den Fachkräftemangel mildern.

Sie haben es im Wahlkampf dezidiert abgelehnt, qualifizierte Zuwanderung mit Asyl und Migration zu vermischen. Wird diese Frage ein Wahlkampfthema in der Auseinandersetzung mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser?

In dieser Frage haben Nancy Faeser und ich zwei klare Aufgabenverteilungen. Ich bin Ministerpräsident des Landes Hessen, ich stehe mit beiden Beinen fest in unserem Land und fungiere damit quasi als Anwalt der Kommunen. Deshalb haben die Regierungschefinnen und Regierungschefs in den jüngsten Ministerpräsidentenkonferenzen mit der Bundesregierung um eine faire, dauerhafte und verlässliche Finanzierung der Flüchtlingskosten und eine bessere Steuerung und Begrenzung der Migration gerungen. Nancy Faeser hingegen ist Bundesinnenministerin in Berlin und damit verantwortlich für all das, was besser werden muss in dieser Frage. Für mich ist das deshalb kein Wahlkampfthema, sondern eine dauerhafte und wichtige Aufgabe für unser Land. Im vergangenen Jahr hat das Land Hessen rund 800 Millionen Euro an die Kommunen überwiesen – davon waren 500 Millionen Euro vom Land und lediglich 300 Millionen Euro vom Bund. Das zeigt, dass das Land seinen Städten, Gemeinden und Landkreisen zuverlässig zur Seite steht. Ich werde mich selbstverständlich weiter für Planungssicherheit unserer Landkreise und Kommunen einsetzen – und gleichzeitig für mehr Konsequenz gegenüber irregulärer Migration.

Sie fordern eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wie könnte diese Reform aussehen, und gibt es dazu bereits Abstimmungen mit anderen Ländern?

Wir wollen eine Reform des Länderfinanzausgleichs nach dem Prinzip „Nicht abschaffen, aber reformieren“. Hessen hat in mehr als 70 Jahren des Länderfinanzausgleichs nicht einen einzigen Euro erhalten, aber gut 60 Milliarden Euro eingezahlt. Gleichzeitig haben viele Nehmerländer ihrer Bevölkerung Leistungen ermöglicht, auf die die Bürgerinnen und Bürger in Hessen verzichten mussten, weil wir das Steuergeld zusammengehalten und sparsam gewirtschaftet haben. Wir erwarten deshalb eine neue Gerechtigkeit beim Länderfinanzausgleich, der Solidarität mit Stabilität verbindet. Wer Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommt, muss damit so in seine Strukturen investieren, dass er irgendwann auch ein Geberland werden kann – so, wie es Bayern geschafft hat. Hilfe kann es nur gegen Reformen geben und nicht als Freischein für Wahlgeschenke.

Lieber Herr Rhein, ich bedanke mich für dieses Gespräch.



„In unserem Betrieb gibt's jeden Tag neue Herausforderungen. Mit unserem Steuerberater wird vieles einfacher.“

Romy Kreyer und Markus Paulke, Möbelfabrik Sternzeit-Design

Unternehmerische Ideen umzusetzen, ist ein gutes Gefühl. Gerade in diesen herausfordernden Zeiten. Ihre Steuerberatung steht Ihnen dabei partnerschaftlich zur Seite. Und berät kompetent zu vielen gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Themen. Damit Sie sich auf das Wichtigste konzentrieren können – Ihren unternehmerischen Erfolg.



gemeinsam-besser-machen.de



(Warum) ist der Emissionshandel der beste Weg zum Klimaschutz?



Deutschland und die EU haben sich verpflichtet, bis 2045 bzw. 2050 klimaneutral zu sein. Die MIT fordert einen sektorübergreifenden Emissionshandel, um diese Ziele zu erreichen.

Welche Idee steht hinter dem Emissionshandel?

Klimaschutz sollte effektiv und effizient sein. Effektiv bedeutet, dass Emissionen gesenkt werden. Effizient bedeutet, dass dies mit minimalen Kosten erreicht wird. Der Emissionshandel erfüllt beide Kriterien: Durch eine Mengenbegrenzung für Emissionen wird der CO₂-Ausstoß begrenzt. Durch den Handel mit Emissionsberechtigungen entsteht ein CO₂-Preis, der Anreize schafft, Emissionen dort einzusparen, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind.

Wo gilt ein Emissionshandel?

Handelssysteme gibt es zum Beispiel in der EU (EU-ETS), Australien, Südkorea, Kalifornien oder auch in China. Der EU-ETS betrifft die Energiewirtschaft, die energieintensive Industrie und seit 2012 auch den innereuropäischen Luftverkehr. Kraftwerke, Industrieanlagen und Unternehmen der Luftfahrt sind dazu verpflichtet, für den CO₂-Ausstoß Zertifikate zu erwerben. Ab 2027 werden der Verkehrs- und Gebäudesektor in den EU-ETS integriert (ETS II). Damit sind künftig ca. 85 Prozent aller CO₂-Emissionen in der EU dem Emissionshandel unterworfen.

Wie funktioniert der EU-ETS?

Die Berechtigungen werden von den Mitgliedstaaten über Auktionen oder durch kostenlose Zuteilungen ausgegeben. Die Obergrenze wird jedes Jahr herabgesetzt. Ende 2022 hat die EU eine Verschärfung beschlossen: Die Emissionsrechte werden bis 2030 im Vergleich zu 2005 um 62 Prozent (statt 43 Prozent) gekürzt. Die kostenlose Zuteilung von Berechtigungen wird 2034 auslaufen.

Wirkt der Emissionshandel?

Ja. Die Emissionen der Anlagen in der EU sind seit Beginn des Emissionshandels im Jahr 2005 um rund 36 Prozent gesunken. Damit hat der Emissionshandel seine Ziele sogar übererfüllt. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Anzahl der Zertifikate konsequent verknüpft wird.

Führt der Emissionshandel künftig zu hohen CO₂-Preisen für Bürger und Betriebe?

Durch die notwendige Verknappung der Zertifikate wird der CO₂-Preis in Zukunft weiter ansteigen. Mit einem Anstieg des CO₂-Preises steigen zugleich die Einnahmen aus dem Emissionshandel. Diese sollten mit einem Klimageld an Bürger und Betriebe zurückgeführt werden, um die Transformation zu begleiten. Zudem gilt: Auch staatliche Eingriffe haben einen Preis, der in den meisten Fällen sehr viel höher, allerdings weniger transparent ist als die Kosten des Emissionshandels.

Bedarf es neben dem Emissionshandel weiterer staatlicher Instrumente?

Ja und nein. Mit dem Emissionshandel können die Klimaziele erreicht werden.

Weitere staatliche Eingriffe wie der Kohleausstieg verzerren seine Wirkung und haben keinen zusätzlichen Klimaeffekt, weil die Emissionsrechte, die ungenutzt bleiben, von anderen Verbrauchern erworben werden – die Gesamtmenge bleibt unverändert.

Allerdings hat der Staat viele andere sinnvolle Gestaltungsmöglichkeiten. Dazu gehören Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel; Investitionen in und Anreize für Forschung und Technologieentwicklung; der Ausbau der Stromnetze; das Marktdesign im Stromsektor; Planungsbeschleunigung und Ausweisung von Flächen für Erneuerbare Energien.



Fabian Wendenburg
Chefredakteur
wendenburg@mit-bund.de

Anzeige

Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



PRO & CONTRA

„EU Data Act – nutzt die Datenteilungspflicht unserer Wirtschaft?“

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.

Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.



Catarina dos Santos-Wintz
MdB (29) ist Mitglied im Ausschuss für Digitales sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Eine breitere Datennutzung ist ein Garant für Wettbewerbsfähigkeit

Mit der Einigung im Trilogverfahren Ende Juni 2023 ist der Weg frei für den EU Data Act, der den Zugang und die Nutzung von Daten vernetzter Geräte – von smarten Haushaltsgeräten bis hin zu Maschinen in der industriellen Produktion – regeln soll. Bisher hatten allein die Gerätehersteller die Kontrolle über die damit generierten Daten. Das soll sich mit dem Data Act nun ändern, indem die Hersteller zum Teilen bestimmter Daten verpflichtet werden. Auf diese Weise werden Daten für Unternehmen sowie Privatpersonen zugänglicher und damit besser nutzbar gemacht und so der Wettbewerb im digitalen Markt stimuliert.

Dieser Schritt ist meines Erachtens richtig, wenn wir als Europa in Datenfragen nicht den Anschluss verlieren wollen, da bis jetzt rund 80 Prozent der Industriedaten in der EU gar nicht genutzt werden. Dieses enorme (Daten-)Potenzial gilt es zu heben – Daten sind der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Eine breitere Datennutzung mit klaren Regeln fördert Innovation, Wertschöpfung und Wachstum in Deutschland und Europa und ist so ein Garant für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Eine zu hohe Datenkonzentration bei wenigen großen Playern dagegen schadet dem Wettbewerb und damit auch der Innovationsfähigkeit unseres Landes, da vielen

KMU und Start-ups der Datenzugang verwehrt bleibt – auch wenn hier sicherlich noch durch klarstellende Regelungen im Kartellrecht und in der DSGVO erweitert werden sollte.

Der Data Act indes ermöglicht es auch kleineren Playern, große Datenmengen zu nutzen und dadurch ihre Produkte zu verbessern oder neue Geschäftsideen zu entwickeln. Wichtig ist deswegen auch, dass kleine und Kleinstunternehmen (mit Ausnahmen) von der Datenteilungspflicht ausgenommen sind.

Selbstverständlich müssen dabei Geschäftsgeheimnisse ausreichend geschützt sein, denn Datenteilen darf, gerade auch für Mittelständler, nicht zum Wettbewerbsnachteil werden. In

den Trilogverhandlungen einigten sich die europäischen Institutionen – auch unter dem Einfluss meiner Kolleginnen und Kollegen aus der EVP-Fraktion – daher noch auf maßgebliche Verbesserungen beim Schutz geistigen Eigentums, so dass nun ein aus meiner Sicht angemessenes Gleichgewicht zwischen Investitionsschutz und einer möglichst breiten Verfügbarkeit von Daten gewährleistet ist. In der strategischen Frage, ob wir in Zukunft nur Datenlieferant sind oder wirkliche Datenvereinbarungen als Investor schließen können, kann der Data Act uns Chancen eröffnen. ●

PRO

Der neue EU Data Act verpflichtet Hersteller vernetzter Geräte zum Teilen bestimmter Daten. Ist das sinnvoll? Oder ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Vertragsfreiheit?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Der Data Act schafft ein technokratisches Monster

Der Data-Act ist eine Zäsur. Die dort verankerte Datenteilungspflicht sieht vor, dass Unternehmen in bestimmten Situationen gezwungen werden können, ihre Datenschätze weiterzugeben – bei Weigerung drohen Bußgelder. Dieser unverhältnismäßige Eingriff in die Vertragsfreiheit schafft nicht nur bürokratische Belastungen, sondern löst das eigentliche Problem der Datenökonomie nicht.

Die Ausnahmen, wie etwa die Befreiung von ganz kleinen Unternehmen, sind nur ein schwacher Trost. Denn der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen ist gering ausgeprägt. Brüssel denkt dabei wohl stark an große, datensammelnde US-Plattformen, aber weniger an die Bedarfe des Mittelstandes. So wird bereits der mittelgroße Hersteller vernetzter Geräte (IoT) verpflichtet, die dort erzeugten Daten zur Verfügung zu stellen. Welches Unternehmen wird schon in die Sammlung seiner Datenbestände investieren, wenn stets ein Datenabfluss droht? Auch die Begrenzung der Datenweitergabe auf zunächst nur den Daten-Mitzeuger ist Augenwischerei. Denn was, wenn solchen IoT-Anwendern zum Beispiel systematisch ihre Daten von Dritten (heimlich) abgekauft werden, um sie zur Verbesserung von (Konkurrenz-)Produkten zu nutzen – China lässt keinen Zweifel an seinem Ehrgeiz im Maschinenbausektor.

CONTRA

Der Data Act schafft ein technokratisches Monster: Mit über 90 Erwägungsgründen und rund 40 Artikeln versucht der Data Act, alle Eventualitäten einer dynamischen Technologieumgebung zu erfassen. Er sieht umfassende Informationspflichten vor – wie wir sie bereits aus der DSGVO kennen. Zudem maßt sich die Kommission an, bewerten zu können, wann „vertragliche Ungleichgewichte“ vorliegen und wann kein „fairer Datenaustausch“ gegeben ist.

Dass bislang das wirtschaftliche Potenzial der Datenökonomie noch nicht ausgeschöpft wird, liegt primär an Rechtsunsicherheiten: Daten haben einen unklaren Rechtsstatus und entsprechend umfassend müssen vertragliche Regelungen ausfallen – es entstehen hohe Transaktionskosten. Der Data Act schafft hier kaum Abhilfe. Sinnvoller wäre die Übertragung der Eigentumsidee auch auf Daten. Damit würden Unternehmen Anreize erhalten, Daten freiwillig zu handeln und zu teilen. Durch kluges Design sollte die EU versuchen, Datenmärkte entstehen zu lassen. Und für vereinzelt vorliegende oligopolistische Datenmärkte (zum Beispiel im Smart-Home-Bereich) gibt es mit dem Wettbewerbsrecht bereits ein scharfes Schwert.

Der Data Act ist gut gemeint, aber die EU wagt damit ein radikales Experiment mit unbestimmtem Ausgang. ●



Dr. Julian Dörr ist Leiter Digitalisierungspolitik bei „Die Familienunternehmer e.V.“. Zuvor war er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen.

„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... es jetzt an der Zeit ist, sich zu engagieren, um Wirtschaft und Politik wieder miteinander zu verknüpfen.“



Michaela Schneider

Unternehmerin,
MIT Oberberg

... der Mittelstand der Motor unseres Landes ist. Gerade jetzt braucht er unseren Rückenwind.“



Seyran Papo

Landtagsabgeordnete,
MIT Kiel

... auch das Gesundheitswesen ein wichtiger Faktor des Mittelstandes ist.“



Simone Tilly

Apothekerin,
MIT Neukirchen-Vluyn

Michaela Schneider (51) lebt mit ihrer Familie im oberbergischen Morsbach. Nach ihrem erfolgreich absolvierten Kombi-Studium zur Baufachwirtin gründete sie die Schneider Projektbau GmbH mit Sitz in Morsbach. Mit ihrem Unternehmen investiert sie in zentrale Grundstücke und errichtet dort Wohnobjekte, vorwiegend Eigentumswohnungen, im Premium-Segment. Sie legt dabei großen Wert auf ideale Zuschnitte der Wohnungen und Hochwertigkeit in der Materialauswahl. In ihrer Freizeit engagiert sich Michaela Schneider ehrenamtlich durch aktive Mitarbeit in der Kennzeichnung der Bergischen Wanderwege. Sie ist sehr gerne sportlich unterwegs, im Sommer mit dem Rad und im Winter auf dem Ski.

Seyran Papo (35) wuchs in Cizre (Türkei) auf und floh wegen ihrer kurdischen Abstammung in jungen Jahren mit ihrer Familie nach Deutschland. Nach Abschluss der Schule war sie unternehmerisch in der Gastronomie tätig und wurde als geprüfte Dolmetscherin beeidigt. In diesem Beruf war sie tätig, bis sie 2022 bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Wahlkreis 14 (Kiel-Ost) direkt gewählt wurde. Seither ist sie Sprecherin für Integration und Flüchtlingspolitik der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein und wirkt in den Ausschüssen Innen und Recht sowie Europa mit. Sie plädiert dafür, Menschen mit Migrationsgeschichten in der Wirtschaft stärker im Blick zu haben, da diese ein wichtiger Teil eines starken Mittelstands in Deutschland sind.

Simone Tilly (45) lebt mit ihrer Familie in Neukirchen-Vluyn. Nach dem Abschluss des Studiums für Pharmazie an der Universität Marburg sammelte sie praktische Berufserfahrung bei einigen Apotheken in Moers. Ihr war aber schon sehr früh bewusst, dass sie sich selbstständig machen wollte. Derzeit hat die Problematik mit den Lieferanten von Medikamenten einen hohen Stellenwert in ihrer täglichen Arbeit: Das Wegbrechen von Lieferketten führt zu Versorgungsengpässen, die teilweise von den Kunden nicht nachvollzogen werden. Hier ist individuelle Beratung ein wichtiges Element von Simone Tillys Unternehmen. Sie findet: Die Politik muss hier agieren und Ressourcen zur Behebung des Missstandes zur Verfügung stellen.

Die MIT ist mit rund 25 000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de

Mit rund 480 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL

EU-Check

In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.



KMU-Entlastungspaket – Den Mittelstand ins Zentrum der europäischen Wirtschaft stellen

Das von der Europäischen Kommission für Mitte September angekündigte KMU-Entlastungspaket soll der ausufernden Verwaltungslast für kleine und mittelständische Unternehmen Einhalt bieten. Allerdings ist die Skepsis über die tatsächliche Wirkungskraft versprochener Entlastungen noch groß. Das Europäische Parlament hat die Messlatte für den Gesetzgeber hochgesetzt und, mit Blick auf das angekündigte Paket, im Juli eine entsprechende Resolution zur Lage der KMU-Union verabschiedet. Im Fokus: die stärkere Berücksichtigung mittelständischer Perspektiven, unter anderem mittels eines Mittelstandsbeauftragten, eines Single Reporting Instruments und der Umsetzung des One-In-One-Out-Prinzips. Auch KMU-Tests für jede neue Gesetzgebung, Qualitätskontrollen und erleichterter Zugang für KMU zu finanziellen Mitteln finden sich im Forderungskatalog des gemeinsamen Entschließungsantrags. Kurz vor der Veröffentlichung besagten Pakets gibt die Resolution eine wegweisende Richtung für effiziente Rechtsvorschriften an. Wir erwarten greifbare, verständliche Maßnahmen – eine echte Entlastung, durch die der Mittelstand aufatmen kann.

EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung – Kein guter Anfang

Ende Juli hat die Europäische Kommission einen Verordnungsentwurf zum ersten Set der Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung veröffentlicht. In 300 Seiten Gesetzestext sind hochkomplexe Vorgaben niedergeschrieben, die insbesondere den Mittelstand belasten werden, der nicht über die finanziellen Ressourcen verfügt, den erhöhten Berichtsanforderungen gerecht zu werden. Zudem werden kleinere Unternehmen von berichtspflichtigen größeren Unternehmen stärker bürokratisch belastet, was für KMU Wettbewerbsnachteile bedeutet. Die Kommission hat es versäumt, die notwendigen Besserungen für eine praxistaugliche Umsetzung vorzunehmen. Statt Unternehmen Unterstützung und Anreize zu bieten, die die Einhaltung erleichtern, folgt die Kommission weiterhin dem Pfad der unverhältnismäßigen Bürokratie. Der Rechtsakt muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat der EU gebilligt werden, bevor er ab 2024 angewendet werden kann.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Verkehr



Finanzen

Schuldenbremse muss bleiben

Solide Finanzen sind entscheidend für einen funktionierenden Staat. Sie gehören zum Markenkern der MIT und der Unions-Parteien gleichermaßen. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht vor, dass der Bund maximal neue Schulden in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) machen darf.

In jüngster Zeit gab es nicht nur Vorstöße aus der Bundesregierung, sondern auch aus Reihen der Union, die Schuldenbremse abzuschaffen. Dem erteilte die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann eine scharfe Absage. Sie erklärte: „Um es klipp und klar zu sagen: Die Schuldenbremse muss bleiben. Wer aussetzt, bereitet den Weg für die Abschaffung der Schuldenbremse. Die Büchse der Pandora wird geöffnet – und das ohne Grund. Der Staat schwimmt in Geld. Noch nie waren die Einnahmen so hoch. Deutschland hat kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Bund und Länder müssen ihre Ausgaben überdenken und Investitionen priorisieren. Sie müssen mit dem Geld auskommen, das sie haben. Punkt. Denn Schulden sind ungedeckte Schecks zu Lasten nachfolgender Generationen. Generationengerechtigkeit geht anders.“

Connemann ergänzte: „Neben der finanziellen Nachhaltigkeit geht es auch um unsere Verantwortung für Europa. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität der Eurozone. Das letzte, was Europa braucht, ist eine Eurokrise 2.0 mit Ansage.“

Transport-Branche wehrt sich gegen Lkw-Maut

Die Güterverkehrs- und Logistikbranche ist in Aufruhr: Die Ampel-Regierung will ab Dezember einen neuen CO₂-Aufschlag auf die Lkw-Maut erheben, mit dem sich die Mautkosten je gefahrenen Kilometer mit mehr als 30 Cent nahezu verdoppeln. Und: Ab Dezember sollen Lastwagen und ab Juli 2024 auch Kleinlaster ab 3,5 Tonnen voll mautpflichtig sein. Aber das reicht noch nicht: Ab Januar soll zudem die CO₂-Abgabe auf fossile Energien weiter steigen, womit sie bei Diesel dann bei rund elf Cent je Liter liegen wird. Der Staat will so rund 15 Milliarden Euro im Jahr einnehmen, doppelt so viel wie bisher. Das Transportgewerbe rechnet

mit einem Inflationseffekt von 0,4 Prozentpunkten. Ein aktueller MIT-Bundesvorstandsbeschluss schlägt weitreichende Entlastungsmaßnahmen für die Transportbranche vor. Die MIT fordert zudem, dass die durch die Lkw-Maut generierten Einnahmen für die Straßeninfrastruktur verwendet werden und nicht dem Bundeshaushalt zufallen. Angesichts der Politik der Bundesregierung kommt die MIT-Bundesvorsitzende Gitta Connemann zu dem Fazit: „Lkw-Maut rauf, CO-Abgabe rauf, Entlastung für den Mittelstand Fehlanzeige. Die Ampel legt die Axt an den Güterverkehr und die Mobilität der Menschen im ländlichen Raum.“



Lohn-Politik

MIT begrüßt Vorschlag der Mindestlohnkommission

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll zum 1. Januar 2024 von 12,00 auf 12,41 Euro und ein Jahr später auf 12,82 Euro angehoben werden. Das hat die zuständige Mindestlohnkommission empfohlen. Der Vorschlag wurde dieses Mal allerdings nicht im Einvernehmen getroffen. Die Arbeitnehmervertreter in der Kommission sind gegen diese in ihren Augen zu geringe Anhebung und wurden nach eigenen Angaben in der Kommission überstimmt.

Während die Gewerkschaften scharfe Kritik an der Empfehlung übten, begrüßten Arbeitgeber und MIT diese Entscheidung. Die Bundesvorsitzende Gitta Connemann erklärte: „Das Mindestlohnsystem funktioniert – aber nur, wenn der Staat sich raushält. Die Höhe kann nicht auf Wahlplakaten oder in Talkshows festgelegt werden. Sie muss sich an den Tarifentwicklungen orientieren und die wirtschaftliche Lage im Blick behalten. Die Mindestlohnkommission hat ihre Hausaufgaben gemacht. Der Vorschlag der Kommission hält die Waage zwischen staatspolitischer Verantwortung und tarifpolitischer Vernunft. Trotz lautstarker Begleitung nimmt die Mindestlohnkommission Rücksicht auf die miserable wirtschaftliche Lage. Deutschland ist in der Rezession. Minister Heil ist gut beraten, den Vorschlag anzunehmen. Und damit für Planungssicherheit für die Betriebe zu sorgen.“

Parlament

MIT bekräftigt Kritik an Bürgerräten

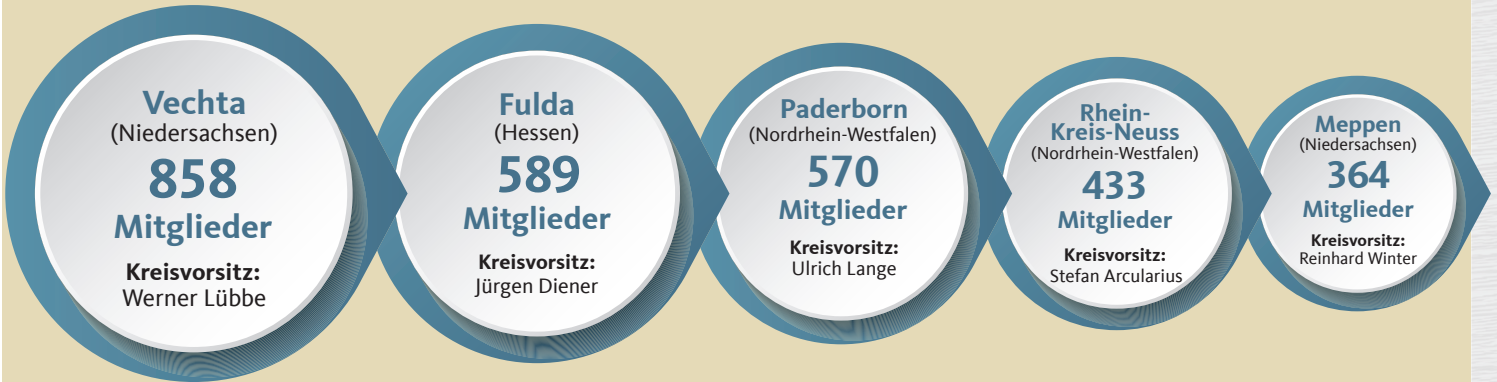
Der hoch umstrittene, so genannte Bürgererrat, den die Ampel ins Leben gerufen hat, wurde im Juli zusammengelost. Die 160 Menschen sollen ein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Neben dem Zufall spielten deshalb auch Quoten eine Rolle. Diese gibt es für den Frauen- und Männeranteil, für die Verteilung zwischen Stadt und Land und bei Essensgewohnheiten. Veganer, Vegetarier und Fleischesser sollen entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung vertreten sein. Denn der Bürgerrat soll sich mit Fragen rund um Ernährung beschäftigen.

Gitta Connemann nahm dies zum Anlass, unsere Kritik an dem fragwürdigen Projekt zu bekräftigen: „Bürgerräte führen nicht zu mehr Demokratie – im Gegenteil. Damit wird die Bedeutung von Parlamenten unterminiert. Abgeordnete vertreten Bürgerinnen und Bürger – legitimiert durch eine Wahl. Der Bundestag kann jederzeit Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft befragen. Es braucht keine Alibi-Parlamente, die per Los zusammengewürfelt werden.“

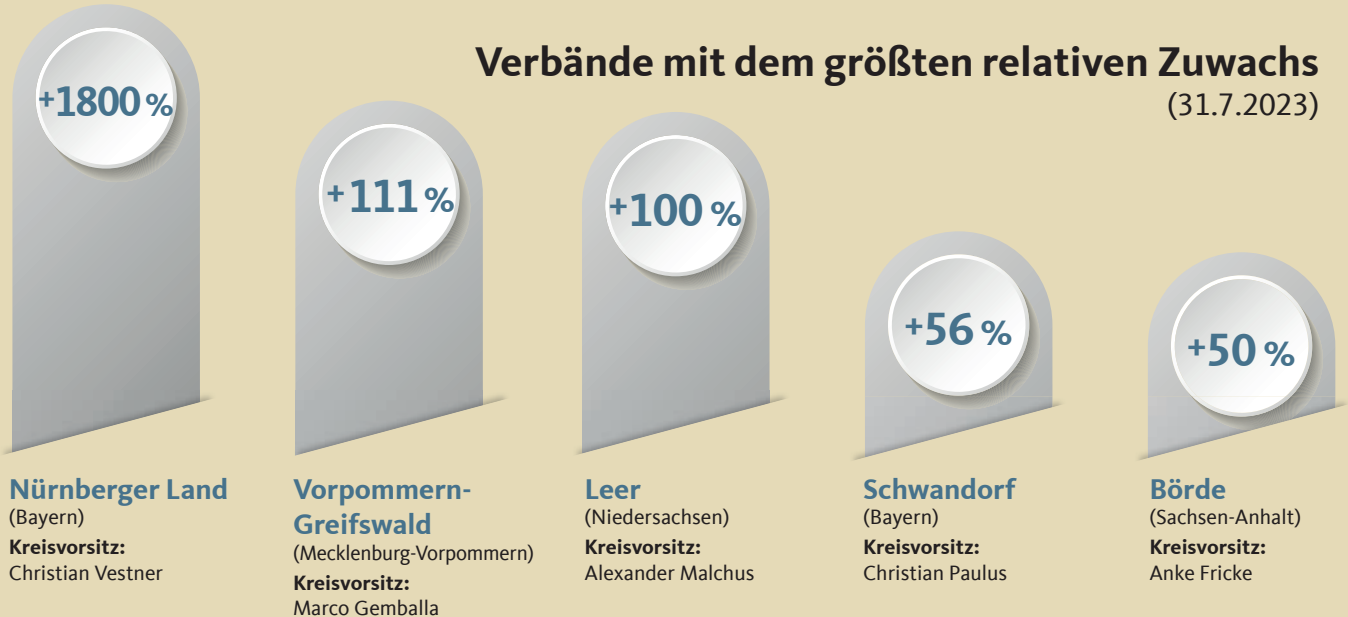


Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände (31.7.2023)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs (31.7.2023)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs (31.7.2023)



DIE WEITEREN AUSSICHTEN:

**DAS HOCH DER
KOSTEN SORGT
FÜR EIN TIEF AM
STANDORT.**





Werden noch gebraucht.

Unsere besten Gebrauchten, damit Ihr Business läuft: #garantiertgecheckt.

Junge Sterne Transporter. Alle Infos bei Ihrem zertifizierten Mercedes-Benz Partner oder unter [mercedes-benz.de/junge-sterne-transporter](https://www.mercedes-benz.de/junge-sterne-transporter)

Mercedes-Benz

